Offizieren. Zu ihr gehörten Oberst Graf Claus von Stauffenberg, Stabschef des Ersatzheeres, Major Ulrich von Oertzen, General von Tresckow, Stabschef der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront, und General der Infanterie Friedrich Olbricht, Chef des Allgemeinen Heeresamtes. Stauffenberg entstammte einer Adelsfamilie, die seit Jahrhunderten tief im Katholizismus verwurzelt war. Die Familie war für ihren Katholizismus bekannt. Die Stauffenbergs befürworteten die alte Ordnung der Dinge und verabscheuten in der Politik alles, was auch nur im geringsten nach Sozialismus roch. Sie kannten als nationalistische Patrioten und fromme Katholiken nur das eine Ziel, den Interessen Deutschlands und ihrer Kirche, wie sie sie verstanden, zu dienen und deren Feinde mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Kaum hatte der Vatikan der Aktion seinen Segen erteilt, da rückte auch schon ein ergebener Katholik in ihre ersten Reihen auf. (Auch an früheren Verschwörungen waren Katholiken beteiligt gewesen, aber sie hatten sich meistens im Hintergrund gehalten.) Ob nun das Aufrücken des Grafen Stauffenberg auf seine ungewöhnlichen organisatorischen Fähigkeiten zurückzuführen war oder auf andere Gründe, Tatsache bleibt, daß von dem Augenblick an, da der Vatikan der Aktion seinen Segen erteilte und die sowjetischen Armeen von Tag zu Tag der deutschen Grenze näher rückten, die eifrigen Katholiken in Deutschland aktiver denn je wurden.

Neben dem minutiös ausgearbeiteten militärischen Plan hatten Stauffenberg und seine Freunde ein detailliertes politisches Programm entwickelt. Viele der Mitverschworenen gehörten der christlichen, das heißt katholischkonservativen Opposition gegen Hitler an und wurden später führende Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union des Katholiken Dr. Adenauer oder der Christlich-Sozialen Union des Katholiken Dr. Müller in Westdeutschland.

Der Plan sah vor, unmittelbar nach der Beseitigung Hitlers eine Militärdiktatur zu errichten. Diese sollte so lange bestehen, bis die Gefahr revolutionärer Unruhen beseitigt war und man sich mit den Alliierten geeinigt hatte. Generaloberst Ludwig Beck sollte die Funktionen eines Staatsoberhauptes ausüben, solange keine Entscheidung über die endgültige
Regierungsform gefallen war. Dr. Goerdeler, früherer Oberbürgermeister
von Leipzig und Interessenvertreter des Bosch-Konzerns, war als Reichskanzler vorgesehen.

Sobald die revolutionären Kräfte, so hoffte man, auf diesem Weg neutralisiert wären, sollte eine zivile Regierung mit zwei Parlamenten an die Stelle der Militärdiktatur treten. Dadurch wollte man dem politischen Kräftespiel wieder Bewegungsfreiheit geben. Um aber der Gesellschaft die erforderliche "Stabilität" zu sichern, sollte das Parlament unter die Kontrolle einer Instanz gestellt werden, was so viel hieß, daß man vorhatte, der

Regierung einen "König" überzuordnen. Einer der Hauptbeteiligten der Verschwörung äußerte hierzu:

"Das Parlament sollte, entsprechend dem englischen Vorbild, aus zwei Kammern bestehen. Der Reichskanzler sollte als Leiter der Exekutive den Vorsitz in der Regierung führen. Da aber der Charakter und die Geschichte des deutschen Volkes es nicht zuließen, daß die Führung ausschließlich von unten aufgebaut würde, sahen wir es für notwendig an, über eine Stelle zu verfügen, die über dem politischen Meinungsstreit stand. Um dem Rechnung zu tragen, befürworteten viele von uns die Monarchie."

Die These: "Die Führung kann nicht ausschließlich von unten aufgebaut werden", entstammte dem politischen Arsenal des Vatikans, der behauptete, die Autorität stamme von Gott und nicht vom Volk.

Die Verschwörer gewannen viele hohe Offiziere für ihre Sache. Unter ihnen befanden sich Generaloberst Otto von Stülpnagel, Militärbefehlshaber in Frankreich, und Generaloberst Alexander von Falkenhausen, Militärbefehlshaber von Belgien und Nordfrankreich, der enge Beziehungen zum Primas von Belgien unterhielt.

Die Führer der Verschwörung hatten beschlossen, Hitler während einer Lagebesprechung in seinem Hauptquartier zu töten. Anfangs gab es große Schwierigkeiten, Freiwillige für diese Aufgabe zu finden. Schließlich erklärte sich Generalmajor Hellmuth Stieff bereit. Major Kuhn und Leutnant Albrecht von Hagen boten ebenfalls ihre Hilfe an.

Da die für das Gelingen erforderlichen Umstände nicht eintraten, wurde das Attentat Woche um Woche verschoben, schließlich ließen die Verschwörer alle Hoffnungen fahren. Andere Pläne wurden entworfen, aber keiner führte zum Erfolg. Unter anderem war beabsichtigt, Hitler zu veranlassen, seinen Besuch des Mittelabschnitts der Ostfront zu wiederholen, wo von Tresckow und von Schlabrendorff bereits im März 1943 eine Bombe in Hitlers Flugzeug geschmuggelt hatten. Aber nichts konnte Hitler bewegen, sich noch einmal auf diese Reise zu begeben.

Unterdessen überstürzten sich die Ereignisse. Der Termin der alliierten Invasion rückte heran. Die Verschwörer stellten mit Unbehagen fest, daß so gut wie nichts getan war, ihre Pläne der Verwirklichung näherzubringen. "Wir wünschten verzweifelt, noch vor der erwarteten Invasion der Alliierten unseren Schlag zu führen. Aber ein unglücklicher Zufall folgte dem anderen, bis am 6. Juni 1944 die Invasion begann."

Die Verschwörer hatten zu dieser Zeit bereits alle Hoffnungen aufgegeben und beschlossen, das Projekt fallenzulassen. Aber die Vertreter der christlich-konservativen Opposition waren anderer Ansicht. Wenn auch das eine Unheil – die alliierte Invasion – bereits hereingebrochen sei, so könne doch das andere, der Einmarsch sowjetischer Truppen auf deutschen Boden, noch verhindert werden, vorausgesetzt, daß man keine Zeit verlor.

Inzwischen wurde die "rote Gefahr" für die Verschwörer ein noch schrecklicherer Alptraum; am 22. Juni 1944 begann die Sowjetarmee zur Unterstützung der alliierten Invasion eine neue gewaltige Offensive. Die Angst vor dem Bolschewismus trieb die Verschwörer zur Tat. Der ergebene Katholik Graf von Stauffenberg erbot sich, Hitler umzubringen. Fabian von Schlabrendorff schrieb darüber:

"Zehn Tage später, vom 22. Juni gerechnet, erhielt ich eine Nachricht von Graf Stauffenberg. Er war zu der Überzeugung gelangt, daß es unmöglich sei, länger zu warten. Er selbst wollte Hitler töten. Wir wurden darauf vorbereitet, jeden Tag mit Hitlers Ermordung zu rechnen.

Stauffenberg war ursprünglich nicht als Attentäter in Betracht gezogen worden, weil er nur eine Hand hatte, an der obendrein zwei Finger fehlten. Aber er war furchtlos und fähig und einer der wenigen Verschworenen, die die Möglichkeit hatten, in Hitlers Nähe zu gelangen."

Am 20. Juli 1944 schritt Stauffenberg zur Tat. Als er an einer Lagebesprechung in Hitlers Hauptquartier in Ostpreußen teilnahm, stellte er seine Aktentasche, in der sich eine hochexplosive Ladung befand, neben Hitler auf den Fußboden und verließ unter einem Vorwand den Raum. Kurze Zeit darauf erfolgte eine fürchterliche Detonation. Von Stauffenberg, der sich in diesem Augenblick auf dem Weg zu seinem Flugzeug befand, zweifelte nicht, daß Hitler und alle, die an der Besprechung teilgenommen hatten, getötet worden waren.

In Berlin herrschte nach dem Attentat ein wildes Durcheinander. Stauffenberg, Olbricht und andere begannen, ihre Pläne zu verwirklichen. Eine der ersten Maßnahmen, die sie ergriffen, war, den Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, gefangenzunehmen. Aber den Verschwörern blieben nur wenige Stunden zum Handeln. Hitler war wider alles Erwarten mit dem Leben davongekommen.

Bezeichnenderweise beeilten sich gewisse halboffizielle Stellen in den alliierten Ländern, vor allem die BBC und zahlreiche britische und amerikanische Zeitungen – namentlich die katholischen –, den Mann, der den Versuch gewagt hatte, die Welt von Hitler zu erlösen, als "gläubigen Katholiken" zu preisen, während man sonst bei politischen Attentätern die Religionszugehörigkeit möglichst verschwieg.

Stauffenberg und Olbricht wurden ergriffen und auf der Stelle erschossen. Dem Generaloberst Beck gab man die Möglichkeit, sich selbst zu erschießen. Andere Teilnehmer der Verschwörung starben unter den Salven der Hitlerschen Hinrichtungskommandos.

So endete der Plan des Vatikans, der in Italien so reibungslos zum Erfolg geführt hatte, in Deutschland mit einem Fehlschlag.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des mißlungenen Attentats beglückwünschte Kardinal Faulhaber persönlich und im Namen seiner Bischöfe Hitler zu der Rettung und ließ in der Münchener Frauenkirche ein Tedeum singen. Der Vatikan verhielt sich eine Weile still. Dann aber, als ihm nach dem gescheiterten Attentat seine Machtlosigkeit gegenüber der herannahenden Katastrophe voll zum Bewußtsein kam, begann er von neuem mit lauten Worten den westlichen Alliierten Ratschläge zu erteilen: Sie sollten Deutschland gnädig behandeln und unbedingt Maßnahmen ergreifen, um die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern und das "gottlose Rußland" von der Besetzung Europas abzuhalten.

Als die sowjetischen Armeen auf Berlin vorstießen und das Ende des militärischen Widerstandes der Nazis herannahte, erneuerte Roosevelt seine Bemühungen, die Kluft zwischen Moskau und dem Vatikan zu überbrücken. Im März 1945 entsandte er nach längeren Vorverhandlungen einen weiteren persönlichen Botschafter, E. J. Flynn, nach Rom. Flynn traf sich mehrere Male mit dem Papst und dessen Sekretär. Aber die Bemühungen des Präsidenten waren wieder erfolglos. Der Papst war unnachgiebiger denn je. Die nazistischen Armeen begannen sich aufzulösen. Die sowjetischen Truppen näherten sich der deutschen Hauptstadt, die Truppen der Westmächte besetzten die Industriegebiete an Rhein und Ruhr. Im April und Mai brach die deutsche Wehrmacht zusammen, am 8. Mai 1945 unterzeichneten die Befehlshaber der drei Wehrmachtsteile die bedingungslose Kapitulation. So endete Nazideutschland und mit ihm der zweite Weltkrieg in Europa.

Einige Wochen später, als sich die westlichen und die sowjetischen Truppenbereits in dem zerstörten Berlin eingerichtet hatten, als man definitiv festgestellt hatte, daß Hitler tot war, als nach der Öffnung der Konzentrationslager eine Welle des Entsetzens die ganze Welt aufrüttelte und das deutsche Volk das Objekt eines weltweiten Zornes der Völker wurde, meldeten sich erstmals wieder deutsche Stimmen. Es waren dieselben Stimmen, die das deutsche Volk während der ganzen Zeit der Hitlerära vernommen hatte; dieselben Stimmen, die noch wenige Wochen oder Monate zuvor für Hitlers Armeen und für den "großen Führer" gebetet hatten; dieselben Stimmen, die nur dann gewagt hatten, gegen Hitler schüchterne Worte des Protestes zu flüstern, wenn "Verstöße gegen das Konkordat" die gemeinsame Front gegen den Kommunismus gefährdeten.

Nun, da alles vorbei war, begannen die deutschen Kardinäle und Bischöfe, als sie ausländischen Journalisten die Ruinen ihrer Kirchen zeigten, den "bösen Nazismus" zu verfluchen, den "wahren Schuldigen all der Zerstörungen an so vielen geheiligten Gebäuden". Sie versicherten den Briten und Amerikanern immer wieder, daß sie nicht nur zu jeder Zeit den Nazismus verdammt, sondern ihn auch von seinen ersten Anfängen an bekämpft hätten. Die wunderlichen Behauptungen dieser Würdenträger würden ganze Bücher füllen. Wir wollen uns hier mit zwei typischen Beispielen solch

plötzlichen Gesinnungswandels begnügen, die uns zwei hohe Geistliche geliefert haben, denen wir bereits in diesem Buch begegnet sind: Kardinal Faulhaber und Erzbischof Gröber.

Wenige Tage nach der deutschen Kapitulation wurde Kardinal Faulhaber, als er vor amerikanischen Korrespondenten eine heftige Tirade gegen den Nazismus hielt, gefragt, weshalb er dem früheren Regime so feindlich gesinnt gewesen sei. Er antwortete, ohne zu zögern: "Weil sich der Nazismus gegen das Christentum und gegen den Katholizismus richtete." Dann zählte er auf, welche Schwierigkeiten die Nazis der katholischen Kirche bereitet hätten:

- 1. Der Dienst in der Hitlerjugend fand regelmäßig an Sonntagen statt und überschnitt sich daher mit dem Gottesdienst.
- 2. In den Schulen wurde der Religionsunterricht für alle Schüler, die älter als zwölf Jahre waren, abgeschafft.
- 5. In Deutschland hatte eine alles vergiftende antichristliche Atmosphäre um sich gegriffen.
- 4. Unablässig wurde Propaganda für den Militarismus getrieben und durch hinterhältige Methoden versucht, die Kinder dem Einfluß des Elternhauses zu entziehen.

Anschließend erklärte der Kardinal pathetisch: "Man darf nicht zulassen, daß der Nazismus wiederauflebt." (12. Mai 1945)*

Um dieselbe Zeit veröffentlichte Erzbischof Gröber einen Hirtenbrief, in dem er zu erklären versuchte, warum eine katholische Erhebung gegen den Nazismus unmöglich gewesen sei. Er sagte:

"... die uns gegenüberstehende brutale und raffiniert organisierte Macht war so groß, daß wir, zumal wir Christen und Katholiken, an eine Revolution nicht denken konnten, weil einerseits die Regierung seinerzeit auf Grund einer gültigen Volksabstimmung in die Hände der anderen gekommen war und damit als rechtmäßig galt und weil außerdem jeder Widerstand an der rücksichtslosen, durch keine Gewissensbedenken gehinderten Gewalt zerbrach."

Er fuhr fort: "Niemals wurde das deutsche Volk so betrogen wie in den vergangenen dreizehn Jahren", und fügte in Erinnerung an die Rolle, die er und die katholische Kirche dabei gespielt hatten, hinzu: "Und doch trifft auch uns, wenigstens vor Gott, manche Schuld." (Zitiert nach Amtsblatt für die Erzdiözese Freiburg, 12. Mai 1945)

Und dann, Monate nach dem Zusammenbruch Deutschlands, angesichts der Millionen obdach- und heimatloser, verkrüppelter, gedemütigter und verstörter deutscher Menschen, angesichts Tausender ausgebrannter und

* Als die ersten psychologischen Auswirkungen des nazistischen Zusammenbruchs etwas abklangen, begannen sofort wieder einige Angehörige der deutschen Hierarchie den Nazismus zu verteidigen. Ein typisches Beispiel war Kardinal von Galen, der im Februar 1946 in der Kirche von Santa Maria dell'Anima eine Botschaft zur Verteidigung des Nazismus verlas. Die Botschaft erschien kurz darauf als Pamphlet unter der Überschrift "Gesetz und Gesetzlosigkeit" und wurde anfangs in der britischen Zone, später auch in anderen Teilen des besetzten Deutschlands verbreitet. (Siehe Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Münster, Juli 1946)

eingestürzter katholischer Kirchen, angesichts der Ruinen stolzer Dome, deren rauchgeschwärzte Gemäuer anklagend zum Himmel emporstarrte – angesichts all dessen wagte es der Papst endlich und zum erstenmal seit dem Jahre 1933, das Wort "Nazismus" in verurteilendem Sinn in den Mund zu nehmen und gelegentlich einer kurzen Ansprache zu erklären, daß es "eine gute Tat" gewesen sei, den "satanischen Nazismus" zu vernichten.

Das war alles. Der Papst hatte, wenn auch Monate nach der Kapitulation Nazideutschlands, doch noch seine Stimme gegen den Nazismus erhoben.*

* Als die vier Alliierten Ende 1945 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg den Prozeß gegen eine Reihe prominenter Naziführer begannen, entsandte Pius XII. den Freiherrn von Weizsäcker nach Nürnberg, nachdem er mit ihm eine lange Unterredung gehabt hatte. Weizsäcker war bis 1945 Nazibotschafter beim Vatikan gewesen. Nun sollte er vor dem Internationalen Gerichtshof jene decken, die Hitler an die Macht gebracht hatten. Wie zu erwarten, verlor er dabei nicht ein einziges Wort über die Rolle Pius' XI. und des Nuntius Pacelli, des späteren Pius XII., und der deutschen Kardinäle und Bischöfe. Im Gegenteil. Der Anklagevertreter der USA, Richter Jackson, bedankte sich öffentlich beim Vatikan, daß er "dem Nürnberger Gerichtshof Dokumente zur Verfügung gestellt" habe, die die "Anklage der Religionsverfolgung in Deutschland und anderen Ländern erhärteten" (Richter Jackson in einer Erklärung an den N. C. W. C. News Service, Washington, August 1946). Als der Vatikan den Siegern half, die Besiegten verurteilte und sich selbst als ein Opfer des Naziregimes hinstellte, bemühte er sich gleichzeitig, allen jenen Nazis beizustehen, die der katholischen Kirche in Nazideutschland und seinen Satellitenländern zu ihrer privilegierten Stellung verholfen hatten. Dies betraf vor allem Franz von Papen (siehe Prawda und Osservatore Romano, dritte Märzwoche 1946), der am 1. Oktober 1946 freigesprochen wurde, Dr. Tiso, den Ministerpräsidenten der Slowakei (hingerichtet 1947), und Arthur Greiser, den früheren Gauleiter des "Warthegaus", der am 15. Juli 1947 zum Tode verurteilt wurde. Bezeichnend für die Nachkriegspolitik des Vatikans in Deutschland ist außerdem, daß der erste Kanzler der westdeutschen Bundesrepublik, Dr. Konrad Adenauer, ein ergebener Katholik und der Führer der wiedererstandenen katholischen Partei, der CDU, ist und daß der erste Bundespräsident Westdeutschlands, Dr. Theodor Heuß, 1933 im Reichstag für Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte.

KAPITEL XII Österreich und der Vatikan

Die österreichische Monarchie und der Vatikan – Liberalismus, Freiherr von Vogelsang, katholische Partei – Vormarsch des Sozialismus. Das rote Wien – Erste Schritte auf dem Weg zu einer katholischen Diktatur – Seipel, der Priester und Diktator – Ständestaat – Päpstliche Föderation – Erste blutige Auseinandersetzungen zwischen Faschismus und Arbeiterbewegung – Faschistisches Machtstreben – Offene Allianz des bewaffneten österreichischen Faschismus mit Hitler – Dollfuß, der Diktator im Westentaschenformat – Aufdeckung einer internationalen faschistischen Verschwörung. Ihre Auswirkung auf die innere Lage Österreichs – Ausschaltung des Parlaments – Katholische Diktatur. Das Konkordat – Katholische Schutzstaffeln – Weshalb es der katholischen Kirche nicht gelang, die österreichische Bevölkerung für sich zu gewinnen – Katholische Sozialistenverfolgungen – Dollfuß Bemühungen um ein Abkommen mit Hitler – Dollfuß Ermordung – Dr. Schuschnigg, der dritte katholische Diktator – Wachsender Einfluß des Vatikans auf Österreichs Innenpolitik – Schuschniggs Weigerung, Österreich den Nazis auszuliefern – Das Treffen mit Hitler – Der katholische Diktator bittet die Sozialisten um Hilfe – Der Betrug des Vatikans – Osterreichs Ende.

Österreich war einer der katholischsten Staaten Europas, ein Land, in dem der Katholizismus tief im sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben wurzelte. Dies hatte seine Gründe vor allem in der jahrhundertelangen engen Verbindung zwischen Kirche und Dynastie. Einer stützte den anderen.

Dieses enge Bündnis kann man zurückverfolgen bis ins 16. Jahrhundert. Damals begann in Österreich die Gegenreformation mit Hilfe der Jesuiten, die seitdem das Leben des Landes beherrschten. Ihr Ziel war die Ausrottung des Protestantismus. Österreich erhob als erstes europäisches Land die Waffen gegen die Anhänger der Lutherschen Lehre und leistete dadurch dem Katholizismus wertvolle Dienste. Der Kampf dauerte lange und wurde von der Kirche und von dem mit ihr verbundenen Herrscherhaus mit den grausamsten Methoden geführt. Am Ende des Dreißigjährigen Krieges, für den das Haus Habsburg die Hauptverantwortung trägt, hatte die Gegenreformation in Österreich ihr Ziel fast erreicht. Die katholische Kirche erhielt von den Habsburgern besondere Privilegien, besonderen Schutz und besondere Hilfe und ließ als Gegenleistung der absoluten theokratischen Monarchie, der "Lieblingstochter des Katholizismus", all ihren Segen zukommen. Alle moralischen und religiösen Waffen der Kirche wurden eingesetzt, um jeden auch nur potentiellen Feind des Kaiserhauses und der Kirche - im 19. Jahrhundert den Säkularismus und Liberalismus, im 20. Jahrhundert den Sozialismus - zu bekämpfen.

Kirche und Kaiser gingen trotz ihrer engen Interessengemeinschaft in der Geschichte nicht immer denselben Weg. Die Habsburger machten sich oft selbständig, wenn politische Ziele ihnen winkten. Philipp II. von Spanien ließ Häretiker verbrennen und zettelte zur gleichen Zeit einen Krieg gegen den Papst an. Die Habsburger in Österreich wahrten ihre Rechte gegenüber der Kirche und bestanden darauf, daß der Staat die Kirche unter seiner Kontrolle behielt. Zur Zeit der Aufklärung wurde diese Tendenz so stark, daß die Kaiserin Maria Theresia das Placetum regium einführte, das der Kirche untersagte, päpstliche Botschaften in Österreich zu verbreiten, die nicht zuvor die Zustimmung des Kaisers gefunden hatten. Die österreichischen Herrscher kannten sehr gut den Einfluß, den Rom in einem katholischen Lande ausüben konnte. Der persönliche Ehrgeiz des Papstes mußte für die Fälle unter Kontrolle gehalten werden, in denen die Politik der Kirche nicht der des Hauses Habsburg entsprach.

Im Laufe der Zeit wurden die Verbindungen zwischen den österreichischen Herrschern und der katholischen Kirche so eng, daß sich der österreichische Kaiser offen und offiziell in die Papstwahl einmischen durfte. Er hatte das Recht, den in der Konklave versammelten Kardinälen die Wahl eines bestimmten Papstes zu empfehlen oder zu verbieten. Der letzte Fall dieser Art ereignete sich kurz vor dem ersten Weltkrieg.

Nach dem Tod Leos XIII. beauftragte Kaiser Franz Joseph den Kardinal Puzyna, seinen Kardinalskollegen, die für ihre Erleuchtung durch den Heiligen Geist bei der Papstwahl beteten, mitzuteilen, daß der als Nachfolger Leos XIII. in Aussicht genommene Kardinal Rampolla nicht gewählt werden dürfe. In der Konklave waren zwei Richtungen vertreten. Die einen wünschten einen Papst, der zu der reaktionären Politik vor Leo XIII. zurückkehrte. Die anderen wollten einen Papst mit gemäßigten Ansichten. Der österreichische Kaiser war für einen Papst reaktionärer Richtung. Und er bekam seinen Willen. Als die meisten Kardinäle für Rampolla stimmten, wußten sie nicht, daß einer unter ihnen bereits das kaiserliche Veto in der Tasche hatte. Als die Wahl Rampollas schon so gut wie gesichert schien, erhob sich Kardinal Puzyna und verlas das Veto. Die Kardinäle waren bestürzt, gehorchten aber dem kaiserlichen Befehl. Rampolla wurde nicht Papst. An seine Stelle trat der reaktionäre Patriarch von Venedig, der als Pius X. den päpstlichen Thron bestieg.

Österreich war ein buntes Gemisch von Nationalitäten, Rassen und Religionen, sein Kaiser regierte auch im 19. Jahrhundert noch als absoluter Monarch. Die Jesuiten waren allmächtig und beherrschten das Erziehungswesen und, wenn auch nur mittelbar, die Politik. Das Habsburgerreich jener Zeit war zu vergleichen mit einem fest gekitteten Block, in den, dank der engen Allianz des Herrscherhauses mit der katholischen Kirche, keinerlei fortschrittliche Ideen eindringen konnten. Es wurde oben wie unten regiert von der heiligen Dreieinigkeit der Aristokratie, Bürokratie und Hierarchie,

die untereinander durch Herkunft, Religion und Tradition verbunden waren.

Aber die Ideen der Französischen Revolution hatten sich nicht vergebens über ganz Europa verbreitet. Österreich wurde ebenso wie andere Länder des Kontinents von Unruhen erfaßt. Revolutionen brachen aus. Sie wurden mit der für das fromme Haus Habsburg bezeichnenden Grausamkeit unterdrückt. Trotzdem faßten die liberalen Lehren auch in Österreich schrittweise Fuß und begannen das soziale und politische Leben zu beeinflussen. Wir können diesen interessanten Prozeß hier nicht näher untersuchen und müssen uns mit der Feststellung begnügen, daß in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Regierung Taaffe, die vierzehn Jahre lang im Amt war, mit aller Kraft gegen die Häresien des Liberalismus ankämpfen mußte, der täglich weiter um sich griff. Quelle dieser Feindschaft war die katholische Kirche, die den Liberalismus bezichtigte, für religiöse Gleichberechtigung einzutreten.

Die antiklerikale Einstellung erheblicher Teile der Bevölkerung war eine natürliche Reaktion auf die Bemühungen der katholischen Kirche, vor allem nach der Revolution von 1848, als Gegengewicht gegen den demokratischen Gedanken, dessen Siegeszug damals auch in Österreich nicht aufzuhalten war, die eigene Position zu festigen. Der Vatikan erhielt 1855 von den Habsburgern ein Konkordat, das der Kirche weitere Privilegien sicherte. Ziel des neuen Konkordats war, die liberalen Ideen auszurotten, die so gefährlich waren, weil sie die Jugend in ihren Bann zogen. Daher übertrug das Konkordat der katholischen Kirche die Aufsicht über das gesamte Erziehungswesen. Die Kirche befahl den religiösen Orden und den Gemeindepfarrern, die neue Gegenreformation – richtiger Gegenrevolution – als ihre wichtigste Aufgabe anzusehen.

Obwohl der Katholizismus vor allem auf dem Lande ein fester Bestandteil des Lebens jedes Österreichers war, rief das Konkordat bei vielen offenen Widerspruch hervor und weckte allerorts antireligiöse Stimmungen. Vor dem Aufkommen des Liberalismus wäre das undenkbar gewesen. Man nahm die Herausforderung der katholischen Kirche an und trat ihrem Herrschaftsanspruch auf fast allen Gebieten entgegen. Die antiklerikale Einstellung des Liberalismus war für große Teile des Volkes Anlaß, sich ihm anzuschließen.

In Wien faßte der Antiklerikalismus tiefe Wurzeln. Jahrzehntelang wagten die Priester nicht, in Wien auf öffentlichen Versammlungen zu sprechen. Trotz aller Anstrengungen der Kirche und der herrschenden Kreise Österreichs gewannen der Liberalismus und die demokratischen Ideen immer mehr an Boden. Daraufhin beschloß die katholische Kirche, ihre Feinde in der politischen Arena zu bekämpfen. Eine katholische politische Bewegung wurde ins Leben gerufen.

Die österreichische katholische Partei hatte von Anfang an einen starken antisemitischen Einschlag. Karl Lueger, einer der hervorragendsten Vertreter des politischen Katholizismus in Österreich, erklärte, der Katholizismus könne, namentlich in Wien, nur dann eine politische Massenbewegung werden, wenn er in den Massen den Antisemitismus wecke. Mancher wird dies nicht glauben wollen, da man heute gewohnt ist, vom Vatikan hin und wieder Worte zugunsten der Juden zu hören. Aber es gibt andere Beispiele der Verbindung zwischen politischem Katholizismus und Antisemitismus. Luegers Gruppe nannte sich lange Zeit hindurch einfach "antisemitisch". Später taufte sie sich um und nannte sich "Christlich-Soziale Partei". Unter diesem Namen existierte sie bis 1934.

Die katholische Partei bezog ihre Theorien weniger von Lueger als von dem Freiherrn von Vogelsang, einem Sozialwissenschaftler und gläubigen Katholiken, der jahrzehntelang gelehrt hatte, der politische Katholizismus in Österreich müsse ein ebenso mächtiges Instrument der Kirche werden wie die deutsche Zentrumspartei.

Vogelsang ließ sich bei der Ausarbeitung seiner Theorien von den Soziallehren der katholischen Kirche und von den päpstlichen Enzykliken leiten, hielt aber im Gegensatz zum Papst Profitmacherei für unvereinbar mit dem Evangelium. Er entwickelte daher einen Plan der Gesellschaft, in dem jeder "Stand" seine wohlverdienten Rechte und Pflichten haben und das gesamte wirtschaftliche Leben entsprechend den im Mittelalter herrschenden Grundsätzen gelenkt werden sollte. Kurz, er wollte die mittelalterlichen Zünfte wiederaufleben lassen und einen Ständestaat schaffen. Dieser Gedanke wurde später vom Faschismus übernommen. Vogelsang verlangte, den religiösen Eifer des Mittelalters wiederzuerwecken. Ein Katholizismus dieser Art sei, so lehrte er, das beste Mittel gegen Liberalismus, Sozialismus und ähnliche Übel des modernen Wirtschaftslebens.

Gewisse Teile des Vogelsangschen Programms hatten Ende des vorigen Jahrhunderts ihren Niederschlag in Gesetzen gefunden, da die christlichsoziale Bewegung Einfluß gewonnen hatte und ihre Pläne den Interessen gewisser konservativer Kreise entsprachen. So wurde tatsächlich das Zunftsystem wiedereingeführt und der Handwerkerstand zu neuem Leben erweckt. Zahlreiche Bestimmungen regelten zum Beispiel die Anzahl der Meister in jedem Zunftzweig und der ihnen zugeteilten Lehrlinge und legten eine langjährige Lehrzeit fest.

Die Idee des Ständestaats wurde, ähnlich wie in Italien, sowohl von der Aristokratie und der Geistlichkeit als auch von den niederen Schichten des Mittelstandes begrüßt. Der Vatikan billigte sie offiziell und inoffiziell, und der katholische Geistliche Seipel machte sie nach dem ersten Weltkrieg zu einem Eckstein seines antisozialistischen Programms. Wir finden dieselben

Gedanken später in der Enzyklika Quadragesimo Anno wieder, mit der wir uns bereits beschäftigt haben.

Auf Luegers Anregung fanden an bestimmten katholischen Festtagen, die bislang nur in engerem Rahmen gefeiert wurden, große öffentliche Veranstaltungen mit pomphaften Prozessionen statt. Die Stadtverwaltung von Wien achtete darauf, daß ihre Angestellten und die Schulkinder regelmäßig am kirchlichen Leben teilnahmen. Außerdem wurde auf Luegers Initiative ein großer Kaiserkult betrieben. Lueger hegte eine tiefe Verehrung für die Kirche und für das Kaiserhaus und glaubte, durch Glanz- und Machtentfaltung dem Volk diese Institutionen am besten nahezubringen. Kurz nach seinem Tod (1911) wurde seine Partei bei den allgemeinen Wahlen so vernichtend geschlagen, daß sie sich von dieser Niederlage nie erholte.

Die Sozialisten hatten inzwischen trotz allem an Macht und Einfluß gewonnen. Unter ihrer Anleitung organisierten die Arbeiter eigene Gewerkschaften. Diese verdrängten rasch die Organisationen der Katholiken und Nationalisten und sicherten sich das alleinige Recht auf die Organisierung der Arbeiterschaft. Das Programm der Sozialisten übte außerdem eine starke Anziehungskraft auf die Intelligenz und auf gewisse Teile des Kleinbürgertums aus.

Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts war vor allem dem Kampf der sozialistischen Bewegung zu verdanken. Seit 1906 hatten auch die Arbeiter das Stimmrecht. Eine starke sozialistische Gruppe zog in das Parlament ein. Auch in den Gemeindeverwaltungen und im Staatsapparat verschafften sich die Sozialisten immer stärker Geltung.

Die katholische Kirche hatte den Sozialismus von Anfang an bekämpft. Als er trotzdem weiterwuchs, schien es ihr geboten, ihn offen zum Kampf herauszufordern. Sie erklärte die sozialistische Überzeugung für sündhaft, verdammte die sozialistische Idee, boykottierte die sozialistischen Organisationen und predigte und hetzte gegen alles, was die Sozialisten taten. Aber sie erreichte damit genau das Gegenteil. Die Arbeiter begannen in der Kirche ihren Feind zu sehen. Die Arbeiterklasse wurde antikatholisch und atheistisch, die Freidenkerorganisationen wuchsen.

Diese besondere Situation in Österreich, die lange vor dem ersten Weltkrieg bestand, war darauf zurückzuführen, daß, wie wir bereits erwähnten, der Katholizismus in Österreich seit langem und weit mehr als anderswo eine politische Macht war. Er war stets eng mit der Monarchie verbündet und hatte seine Sorgen um soziale Probleme stets den Interessen der Kirche und der Monarchie untergeordnet. Die Bevölkerung setzte die katholische Kirche mit der Dynastie des Hauses Habsburg gleich. Die katholische Kirche war viel mehr als in anderen Ländern ein unlösbarer

Bestandteil der herrschenden Klassen geworden. Sie behandelte die Sozialisten und alle ihre Grundsätze mit Abscheu und verdächtigte sie der Illoyalität. Der Kampf zwischen der Kirche und den Sozialisten wurde daher in Österreich mit einer Erbitterung geführt, wie man sie in Deutschland niemals kannte.

Unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg gab es zahlenmäßig im wesentlichen nur noch zwei Hauptkräfte in der politischen Arena Österreichs: die Katholiken und die Sozialdemokraten. Sie hielten sich stärkemäßig etwa die Waage.

Die katholische Partei stützte sich 1919 im wesentlichen auf die Landbevölkerung, wenn auch ein Teil der Landarbeiter für die Sozialdemokraten stimmte. Die Sozialdemokraten hatten die Arbeiterklasse organisiert und erhöhten in den folgenden Jahren die Anzahl ihrer Mitglieder auf die für ein Land von kaum 6,5 Millionen Einwohnern erstaunliche Zahl von 700000. Bei den ersten Nachkriegsgemeindewahlen erhöhten sie in Wien die Anzahl ihrer Stimmen um 120000 und außerhalb Wiens, wo sie insgesamt 830000 Stimmen erhielten, zur größten Verwunderung des Vatikans um 90000. Die Österreichische Sozialistische Partei war in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, wenn man die Anzahl der Mitglieder mit der Gesamtbevölkerung vergleicht, die stärkste sozialdemokratische Partei der Welt.

Die Reaktion sah diesem sozialdemokratischen Vormarsch nicht tatenlos zu. An der Spitze der antisozialistischen Kräfte stand die katholische Kirche und ihre Hierarchie, gestützt auf die bäuerliche Bevölkerung, auf die gesamte jüdische und nichtjüdische Bourgeoisie und auf die alte Aristokratie.

Die Sozialdemokraten hatten von der Gründung der Republik an mit den Katholiken in einer Koalitionsregierung gesessen. Diese Regierung stand anfangs stark unter sozialdemokratischem Einfluß, wurde jedoch nach dem Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik zugunsten der Katholiken umgebildet Aber die Massen duldeten nicht lange, daß sich die Sozialdemokraten an einer Regierung unter katholischer Vorherrschaft beteiligten. 1920 traten die Sozialdemokraten aus der Regierung aus.

Wenn die Sozialdemokraten auch die Bundesregierung verließen, so blieben sie doch in den Länderregierungen und Gemeinden, in denen ein großer Teil der Staatsmacht lag. Während des Bestehens der ersten österreichischen Republik beteiligten sich die Sozialdemokraten an sechs von neun Provinzialregierungen und errangen bei allen Wahlen 40 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auf diese Weise wohnten 47 Prozent der Gesamtbevölkerung in Gemeinden, deren Verwaltung in der Hand der Sozialdemokraten war.

Die Sozialdemokraten benutzten ihren Einfluß in den Gemeinden, ein großes Reformprogramm zu verwirklichen. Unter diesen Gemeinden war Wien die wichtigste. Dort beherrschten die Sozialdemokraten, da sie über annähernd zwei Drittel aller Stimmen verfügten, die Stadtverwaltung fast völlig.

Die Katholiken und anderen Antisozialisten versuchten die großen Anstrengungen der Sozialdemokraten auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge und des Wohnungsbaus für die werktätigen Menschen als Beweis einer "schleichenden Bolschewisierung" hinzustellen und dadurch die Sozialdemokraten zu diskriminieren.

Bemerkenswert bei den österreichischen Sozialdemokraten war auch, daß sie die katholische Kirche weder in Wien noch sonst in Österreich irgendwie verfolgten, obwohl sie in ihr einen politischen Gegner sahen und durchaus die Möglichkeit dazu gehabt hätten. Sie vermieden es peinlichst, "roter Ausschreitungen" beschuldigt zu werden. Dies stand in krassem Gegensatz zu dem Verhalten zahlreicher katholischer Regierungen, die mit ihren Gegnern oder auch nur Kritikern brutal umsprangen.

Die Katholiken und alle anderen reaktionären Elemente wurden sowohl legal als auch illegal von Tag zu Tag aktiver. Gerüchte liefen um, daß sie versuchen wollten, die Macht der Sozialdemokraten mit undemokratischen Mitteln zu brechen; sie hatten erkannt, daß die Sozialdemokraten stärker wurden, solange demokratische Zustände herrschten. Um sich gegen die reaktionären Umtriebe zu schützen, riefen die Sozialdemokraten den "Republikanischen Schutzbund" ins Leben, eine starke, disziplinierte und bewaffnete Organisation, die bereit war, für die Verteidigung der Demokratie und der Sozialistischen Partei zu kämpfen.

Während sich in Österreich die reaktionären Kräfte noch sammelten, hatten sie im Ausland bereits begonnen, die Macht an sich zu reißen und einen faschistischen und halbfaschistischen Staat nach dem anderen zu errichten. Die Ereignisse zeigten unmißverständlich, in welche Richtung Österreich und ganz Europa gedrängt werden sollten.

Kurze Zeit nach dem ersten Weltkrieg trat ein Theologe, Prälat Seipel, an die Spitze der katholischen Partei. Er war im letzten kaiserlichen Kabinett der österreichisch-ungarischen Monarchie Minister gewesen und galt unbestritten als der Kopf der klerikalen Partei. Er hatte sich das Lebensziel gesetzt, die politische Macht der katholischen Kirche und des Hauses Habsburg wiederherzustellen.

Seipel war ein Asket und verstand es hervorragend, im Interesse der Erweiterung der kirchlichen Macht zu intrigieren. Er aß, betete und schlief im Kloster Zum Heiligen Herzen Jesu. Während seiner jahrelangen Kanzlerschaft konnten auch dringende Staatsgeschäfte ihn nicht abhalten, regelmäßig seinen religiösen Pflichten und seinen Aufgaben als Geistlicher dieser Nonnenkongregation nachzukommen. Täglich um sechs Uhr morgens las er in der Kapelle des Klosters die Messe.

Obwohl Seipel nicht der Gesellschaft Jesu angehörte, besaß er alle Eigenschaften, die man gewöhnlich einem Jesuiten zuschreibt. Er konnte zum Beispiel nicht auf eine klare Frage mit einem klaren Ja oder Nein antworten. Gegen die Arbeiterbewegung und alles, was mit ihr zusammenhing, hegte er einen tiefen Abscheu. Auch der Säkularismus, der Modernismus und der Liberalismus waren ihm zuwider. Neben der Stärkung der kirchlichen Macht sah er seine Hauptaufgabe darin, die Linke zu vernichten. Sie war für ihn der "rote Antichrist". Man nannte ihn den "Kardinal ohne Milde". Zweimal wäre er beinahe von einer aufgebrachten Menge erschlagen worden.

Bevor wir uns die Geschichte seines Lebens näher ansehen, ist es angezeigt, die Ideen und Ziele kennenzulernen, die Seipel in seiner Innen- und Außenpolitik verfolgte. Das ist deshalb so wichtig, weil sich die österreichische Regierung bis zur Annexion Österreichs durch Hitler, vor allem in der Innenpolitik, ausschließlich von den Grundsätzen Seipels leiten ließ. Diese Grundsätze gewinnen an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß sie vom Papst nicht nur gebilligt, sondern sogar inspiriert wurden. Seipel stand in den letzten Jahrzehnten seines Lebens fortwährend in engster Verbindung mit dem Papst und dessen Kardinalstaatssekretär und entwickelte seine gesamte Politik auf der Grundlage der Richtlinien des Vatikans.

Das Hervorstechendste an Seipels politischer Konzeption war die völlige Unterordnung aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen unter die Interessen der Kirche. Und für Seipel waren die Interessen der Kirche identisch mit der Beibehaltung der bestehenden Ordnung oder, genauer, mit der Rückkehr zu der sozialen Ordnung der Vorkriegszeit. Er war ein Feind jeder sozialen Reformbewegung, mochte sie noch so großen Anklang unter der Bevölkerung finden, und haßte alle Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Als er einmal mit einem französischen Jesuiten, der weitgehende soziale Reformen für erforderlich hielt, disputierte, rief er aus: "More capitalistico vivit ecclesia catholica." – "Die katholische Kirche lebt auf kapitalistische Weise."

In Wirtschaftsfragen ließ er sich von Bankiers und Industriellen beraten, deren Interessen mit den seinen harmonierten. Er sah den idealen gesellschaftlichen Zustand darin, die alte hierarchische Gesellschaftsstruktur wiedereinzuführen und die Macht der Geistlichkeit wiederherzustellen. Mehrmals erklärte er offen, daß es untragbar sei, die Beschränkungen, die der Kirche von der Republik auferlegt worden seien, weiter zu dulden.

Nach Seipels Ansicht war die politische Macht der Sozialdemokraten die Hauptursache für den mangelnden Einfluß der Kirche. Er und die katholische Partei identifizierten sich rückhaltlos mit der Sache der Unternehmer.

Seipels Ideen über den Aufbau der neuen Gesellschaft waren ultrakatholisch und in ihren Grundzügen von den päpstlichen Erklärungen beeinflußt, die wir am Anfang dieses Buches kennengelernt haben. Anfangs setzte er das Programm des Freiherrn von Vogelsang fort, dessen ganzes Denken sich in der Idee der Stände erschöpfte. Seipel begann Vogelsangs Theorien in die Praxis umzusetzen. Seine Nachfolger führten dieses Werk fort. Seipels Antipathie gegen den Sozialismus und seine Überzeugung, daß es notwendig sei, den Massen eine katholische Sozialordnung zu bieten, die auf der Wiedererweckung der mittelalterlichen Zünfte beruhte, fanden die volle Billigung des Vatikans. Der Papst bat daher Seipel, bei der Abfassung der Enzyklika mitzuwirken, die allen Politikern für die Bildung von Ständestaaten die Hilfe des Vatikans anbot. Seipel rückte zu einem "Berater" des Papstes auf. Seine Ideen gingen in das Arsenal des internationalen Katholizismus ein.

Seipel scheute sich nicht, die Doktrinen seines Lehrers Vogelsang dort zu verändern, wo es ihm nützlich schien. Vogelsang hatte vor allem die sozialen Probleme gesehen und die politischen ihnen untergeordnet oder höchstens gleichgestellt. Seine Ständehierarchie war von ihm als eine Barriere gegen den Kapitalismus gedacht. Sie sollte die Einführung moderner Arbeitsmethoden verhindern und dem Handwerk seinen angestammten Platz erhalten.

Seipel sah in der Ständehierarchie genau das Gegenteil. Er wollte mit ihr die Industrie, den Kapitalismus, die Banken und ihre Eigentümer verteidigen. Seine Stände waren gerade zu deren Schutz gedacht. Jeder Versuch, die wirtschaftliche Unabhängigkeit dieser Gruppen einzuschränken, waren nach seiner Meinung ein Verstoß gegen die "natürliche Ordnung der Dinge".

Seipels Stände waren keine Instrumente der sozialen Ordnung, sondern vor allem Mittel zur Erlangung einer politischen Vorherrschaft. Nach Seipels Plänen sollten die Stände ihre Vertreter in das Parlament wählen und dadurch ein Gegengewicht gegen die "Vorherrschaft der bloßen Zahl" schaffen, wie sie in demokratischen Wahlen zum Ausdruck kommt. Kurz gesagt, die Stände sollten wiedererweckt werden, um die Kraft und den Einfluß der Sozialdemokraten zu brechen. Durch das schrittweise Einschleusen dieser Ideen in den Staatsapparat half Seipel in Österreich die Demokratie zerstören und die Sozialdemokraten ausschalten. Dadurch ebnete er dem Faschismus in Österreich den Weg.

Entsprechend dieser Sozialpolitik entwickelte Seipel ein außenpolitisches Programm, das ebenfalls die Billigung des Vatikans fand. Diese Außenpolitik beschleunigte, wie wir später sehen werden, die innere Zersetzung und damit die Auflösung der Tschechoslowakischen Republik. Seipel träumte

von der Gründung eines neuen Heiligen Römischen Reiches, oder einfacher: Er wollte alle Staaten und Staatsteile, die dem katholischen Glauben angehörten und früher Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie waren, in einem Reich vereinen. Wien sollte die Hauptstadt und Österreich das Zentrum dieses Reiches werden.

Jugoslawien sollte nach Seipels Plan das katholische Kroatien abtreten, das etwa ein Drittel des gesamten jugoslawischen Territoriums ausmachte und in religiösem Gegensatz zur serbischen Metropole stand. Von der Tschechoslowakei sollte die katholische Slowakei abgetrennt werden, um sie dem Einfluß der "hussitischen Häretiker" und "freidenkerischen Tschechen" zu entziehen und mit einem Teil Ungarns unter rumänischer Oberhoheit zu vereinen.

In Ungarn wollte Seipel einen katholischen Herrscher einsetzen – gedacht war an einen Sprößling des Hauses Habsburg –, um dadurch den Kalvinisten die Gewalt über die katholische Bevölkerung zu entreißen. Aber das war nur der Anfang. Falls die Umstände günstig wären, sollte auch Bayern in das neue Reich eingegliedert werden. Frankreich hatte seit langem alle Bemühungen unterstützt, dieses Land von Deutschland zu trennen. Auch Elsaß-Lothringen wurde in den Plan einbezogen. So sollte ein katholisches Reich entstehen, eine päpstliche Föderation, in die sich der Vatikan flüchten könnte, falls das Schlimmste einträte und Rom dem internationalen Kommunismus und atheistischen Bolschewismus in die Hände fiele.

Die Verwirklichung dieses Planes sollte in Etappen vor sich gehen: Schaffung einer Donauföderation; Abschluß einer Reihe von Zoll- und Handelsabkommen; schrittweise Annäherung und Zusammenführung der Glieder des künftigen Reiches; Herausbildung einer neuen Nation unter der Schirmherrschaft der katholischen Kirche und Wiederherstellung des Friedens in Mitteleuropa.

Seipel hatte diesen Plan bis in alle Einzelheiten durchdacht. Ja, er hatte sogar den künftigen Herrscher seines Reiches bereits ausgewählt: den Sohn der Kaiserin Zita, den jungen Otto von Habsburg, der in einem Benediktinerkloster in Luxemburg erzogen worden war. Seipel verbündete sich mit den Legitimisten in Ungarn und veranlaßte den Vatikan, Dr. Jusztinián Serédi zum Primas von Ungarn zu ernennen; damit war ein weiterer Beweis für die päpstliche Beteiligung an diesem Plan erbracht.

So also sah Seipels außenpolitische Konzeption aus, die außenpolitische Konzeption eines katholischen Prälaten, der seine Politik in enger Verbindung mit dem Vatikan plante und durchführte. Untersuchen wir nun, wie weit er mit dieser Konzeption kam.

Wir haben bereits festgestellt, daß die reaktionären Kräfte, angeführt von der katholischen Kirche, Maßnahmen vorbereiteten, um die Macht der "atheistischen Sozialisten" zu brechen. Zu diesen Maßnahmen gehörte die Aufstellung illegaler, bewaffneter, antisozialistischer Gruppen, die systematisch darauf gedrillt wurden, in den kleineren Städten des Landes führende Sozialdemokraten umzubringen.

Anfang 1927 sprach in Wien ein Gericht, das sich überwiegend aus Sozialistengegnern zusammensetzte, Heimwehrleute frei, die mehrere politische Morde begangen hatten. Dieser Freispruch war nur ein Glied in einer Kette ähnlicher Rechtsbrüche zugunsten der reaktionären Kräfte. Unter den Arbeitern wuchs die Überzeugung, daß die Gerichte ihnen keinen Schutz mehr gegen politische Morde böten. Eine spontane Massendemonstration überflutete am Vormittag des 15. Juli 1927 die Straßen Wiens. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Demonstranten. Die empörte Menge stürmte den Justizpalast, der für sie das Symbol legaler Ungesetzlichkeit war, und steckte ihn in Brand.

Die Führung der Sozialdemokraten alarmierte den "Republikanischen Schutzbund", um die erregten Massen zu beschwichtigen. Aber die Regierung hatte bereits entschieden, gegen die Demonstranten Truppen einzusetzen. Sie feuerten auf die unbewaffnete Menge. Die Kämpfe dauerten an einigen Stellen mehrere Tage lang und kosteten mehr als neunzig Tote und unzählige Verwundete.

Das politische Gleichgewicht war dahin. Seipel erklärte öffentlich: "Verlangt von mir keine Milde in diesem Augenblick!" Die Wellen der politischen Leidenschaften schlugen hoch, vor allem in den Arbeiterdistrikten Österreichs.

Innerhalb von fünf Monaten erklärten mehr als 21 000 Personen ihren Austritt aus der katholischen Kirche. Das war ein unmißverständlicher Protest gegen den Priesterkanzler, der "keine Milde" kannte.

Die katholische Reaktion unter Seipel nutzte diese tragischen Ereignisse, um die Sozialdemokraten restlos aus der Armee und aus der Polizei zu verdrängen. Beide Institutionen wurden reine Machtinstrumente der Regierung. Die katholischen antisozialistischen und halbfaschistischen Organisationen, die bisher ein halblegales Dasein geführt hatten, traten plötzlich offen auf. Sie hatten ihre Stützpunkte vor allem in den ländlichen Bezirken, wo sie auch entstanden waren. Die katholischen Bauern, die völlig unter dem Einfluß ihrer Pfarrer standen, fürchteten, daß die "Roten" ihnen ihr Land wegnähmen, und haßten daher seit 1919 das "rote Wien". Ihnen war eingeredet worden, Wien sei am 15. Juli das "Opfer eines bolschewistischen Aufstandes" geworden.

Die Heimwehren waren 1918 als Selbstschutzorganisation gegen äußere Bedrohung entstanden. Unter der Führung des Fürsten Starhemberg waren sie in eine halbfaschistische Organisation umgewandelt worden. Sie setzten sich zum größten Teil aus bäuerlichen Elementen zusammen und wurden von den herrschenden Schichten auf dem Land und in den kleineren Provinzstädten geführt. In ihren Reihen befanden sich auch zahlreiche Geistliche, die überall verbreiteten, die Stadtverwaltung in Wien sei ein Werkzeug Lenins, des Teufels und Antichristen.

Das Hauptziel der Heimwehren war die "Zerschlagung der Roten". Seipel unterstützte sie und sah in ihnen ein Instrument, mit dem er die Demokratie aus den Angeln heben konnte. Er lenkte ihren Eifer daher nicht nur gegen die "Roten", sondern gegen die Demokratie allgemein und gab ihnen Losungen wie: "Weg mit dem Parlament!" – "Wir brauchen einen autoritären Staat!"

Wenn diese Losungen auch im Widerspruch zur offiziellen Politik seiner Partei standen, so gab es doch in Wirklichkeit keinen Gegensatz zwischen den Zielen der katholischen Partei und der nun offen erklärten politischen Linie der Heimwehren.

Im weiteren entwickelten sich die Ereignisse in Österreich ähnlich wie wenige Jahre zuvor in Italien. Die Durchsetzung der katholischen Politik forderte die Beseitigung der katholischen Partei und an ihrer Stelle ein wirksameres Instrument, den Faschismus, dessen erste organisierte Vertretung in Österreich die Heimwehren waren.

Die Heimwehren rechtfertigten jedoch nicht die in sie gesetzten Erwartungen. Ihre Bataillone bestanden größtenteils aus Bauern, die nicht bereit waren, sich außerhalb ihres engeren Wohn- und Interessenbereiches an politischen Aktionen zu beteiligen. Auch der italienische Faschismus und der deutsche Nazismus hätten nie siegen können, wenn sie sich lediglich auf die katholische Landbevölkerung und ihre antisozialistischen Sentiments hätten stützen müssen. Sie fanden ihre Massenbasis vor allem im Kleinbürgertum der Städte. Diese Schicht war zwar auch in Österreich aktiv faschistisch, aber zahlenmäßig zu schwach, den faschistischen Heimwehren als Massenbasis zu dienen.

Im Oktober desselben Jahres nahm Seipel die Heimwehren unter seine Obhut. Er versprach ihnen staatlichen Schutz gegen innere und äußere Einmischung und Geldmittel für Uniformen, Waffen und Löhne. Ermutigt durch diese Hilfe, gestützt auf die Katholiken und andere reaktionäre Elemente und aufgestachelt vom Vatikan und von Mussolini, fühlten sich die Heimwehren und ihre Drahtzieher im Herbst 1928 stark genug, gegen die Sozialdemokraten und gegen alle die Demokratie verteidigenden Kräfte vorzugehen.

Der erste Versuch dieser Art sollte eine Nachahmung des Mussolinischen Marsches auf Rom sein. Die Heimwehren beabsichtigten im Oktober 1928 eine große Demonstration in Wien und zogen zu diesem Zweck ihre bewaffneten Einheiten aus allen Teilen des Landes in einem Industriebezirk südlich der Stadt zusammen. Aber die Arbeiter bewaffneten sich ebenfalls und bereiteten sich entschlossen auf die Kämpfe vor. Da bliesen die Heimwehren ihre Aktion ab.

Seipel war im Frühjahr 1928 von seinem Kanzleramt zurückgetreten. Er bekannte sich nun offen zum Faschismus und beabsichtigte, sich durch eine faschistische Welle von neuem auf den Kanzlerstuhl tragen zu lassen. Er zwang seinen Nachfolger mit Hilfe der bewaffneten Kräfte der Heimwehren, sein Amt niederzulegen. Schober, bisher Chef der Polizei – er hatte den Truppen 1927 den Feuerbefehl gegeben –, wurde Kanzler.

Wider Erwarten erhielt jetzt Seipel zwei schwere Schläge. Den ersten Schlag versetzte ihm der neue Kanzler Schober, indem er dem Verbindungsmann Seipels zu den Heimwehren, dem Major Waldemar Papst, den Laufpaß gab.

Papst war ein professioneller Konterrevolutionär und in Deutschland in verschiedene politische Mordaffären verwickelt; er war auch Verbindungsmann zwischen Hitler und dem Fürsten Starhemberg, dem Führer der Heimwehren. Der zweite Schlag für Seipel und seine politischen Pläne war die Wahl einer Labourregierung in England.

Ramsay MacDonald und Arthur Henderson waren eng mit den Wiener Sozialdemokraten befreundet. Henderson veranlaßte, als er von der Bewaffnung der Heimwehren erfuhr, eine Anfrage im Unterhaus. Österreich wurde beschuldigt, den Friedensvertrag gebrochen zu haben, indem es eine geheime Armee organisierte, die aus Regierungsquellen finanziert und versorgt würde. Die britische Regierung verlangte die Entwaffnung der Heimwehren. Die französische Regierung schloß sich der britischen Forderung an. Diese Intervention bewahrte Österreich vor einem Bürgerkrieg, der unmittelbar bevorstand, und führte dazu, daß Seipel sich eine Zeitlang zurückziehen mußte.

Die Heimwehren stellten sich, nachdem sie eingesehen hatten, daß sie auf direktem Weg nichts erreichen konnten, auf andere Methoden um. So versuchten sie mit Hilfe des katholischen Vizekanzlers Karl Vaugoin, die sozialdemokratische Vorherrschaft unter den Eisenbahnern zu brechen. Die Regierung geriet sich über diese Frage in die Haare und trat zurück. Vaugoin wurde Kanzler (1930). Seine erste Handlung war, das Parlament aufzulösen. Er wurde dabei von den Heimwehren, die eine Diktatur verlangten leidenschaftlich unterstützt. Das Kabinett erklärte, es sei von nun an gewilt, nur noch mit "autoritären Methoden zu regieren". Seipel legte sein Amt als Vorsitzender der katholischen Partei nieder – was Rückschlüsse auf die Absichten des Vatikans bezüglich dieser Partei erlaubte – und trat als Außenminister in die Regierung Vaugoin ein. Der Heimwehrführer Fürst

Starhemberg wurde Innenminister, sein Kollege Dr. Hueber erhielt einen Posten bei der Außenhandelskammer. Starhemberg machte aus seinem Bündnis mit Hitler kein Hehl; auch Hueber war ein überzeugter Nazi und lieferte 1938 als Mitglied des nazistischen Viertagekabinetts Österreich an Hitler aus.

Die Sozialdemokraten ließen keinen Zweifel, daß sie bereit seien, den Kampf aufzunehmen, falls die Wahlen abgesagt werden sollten oder das neue Parlament auf Schwierigkeiten stieße. Der Vaugoin-Seipel-Starhemberg-Gruppe gelang es bei der Wahl nicht, die erforderliche Mehrheit zu erringen. Außerdem erklärten England und Frankreich unmißverständlich, daß sie auf der Errichtung einer konstitutionellen Regierung beständen. Darauf zogen die drei Möchtegerndiktatoren vor, zurückzutreten.

Nach dieser Niederlage zerfielen die Heimwehren in kurzer Zeit. In Deutschland war Hitler durch die Reichstagswahlen 1930 ein politischer Faktorgeworden. Die zu derselben Zeit abgehaltenen österreichischen Wahlen hatten den Nazis nicht einen Sitz im Parlament gebracht. Die Nazis orientierten sich in Österreich vor allem auf die Mitglieder der Heimwehren. Hitler stellte den Heimwehren drei Bedingungen: keine Restauration des Hauses Habsburg, sondern Anschluß; bedingungslose Opposition gegen den Parlamentarismus; blinde Unterstellung unter seinen Befehl.

Das Bekanntwerden dieser Bedingungen führte zu einer Spaltung der Heimwehren. Starhemberg und seine Anhänger traten für die Monarchie ein, die steirischen Heimwehren liefen zu den Nazis über und versuchten am 13. September 1931 einen bewaffneten Aufstand, der aber rasch niedergeschlagen wurde.

Am 24. April 1932 fanden in großen Teilen Österreichs Länder- und Gemeindewahlen statt, bei denen die Nazis überraschende Erfolge errangen; die Sozialdemokraten hielten ihren Stimmenanteil, und die katholische Partei wurde vernichtend geschlagen; fast die Hälfte ihrer Sitze, in Wien 15 von 34, fielen den Nazis zu. In Niederösterreich und in Salzburg wurde aus einer starken katholischen Mehrheit eine katholische Minderheit von weniger als 30 Prozent.

Das Ende des politischen Katholizismus in Österreich schien gekommen. Unter großen Schwierigkeiten wurde aus Katholiken und Heimwehrleuten ein Kabinett mit Dr. Dollfuß als Kanzler gebildet. Es verfügte im Parlament über eine Mehrheit von nur einer Stimme.

Dollfuß war der uneheliche Sohn eines Bauern. Er wurde für die geistliche Laufbahn bestimmt und auf Grund eines Kirchenstipendiums in einem Priesterseminar ausgebildet. Mit 19 Jahren änderte er jedoch seinen Sinn. Nach dem Krieg war er leitender Funktionär der katholischen Studentenbewegung und später des Bauernverbandes. Er begann seine politische

Laufbahn als Anhänger des linken Flügels der katholischen Partei, wurde aber später Mitglied der "autoritären" Fraktion. Das Kanzleramt übernahm er kurz nach Seipels Tod, am 2. September 1932. Er kann mit Recht als politischer Testamentsvollstrecker des Prälaten Seipel angesehen werden.

Dollfuß gab nach seinem Amtsantritt bekannt, daß er beabsichtige, Österreich in einen "autoritären Ständestaat" umzuwandeln. Das von ihm erstrebte Staatssystem, so erklärte er, gleiche dem des faschistischen Italiens, sein innerer Aufbau solle jedoch den Instruktionen entsprechen, die der Papst zum Nutzen der Katholiken in der Enzyklika Quadragesimo Anno 1931 verkündet habe.

Das war die Enzyklika, in der Pius XI. alle Katholiken aufforderte, einen Ständestaat zu errichten, wo immer es möglich sei. Dollfuß hielt dauernd enge Verbindung mit der österreichischen Hierarchie und mit dem Vatikan und ließ sich von beiden oft beraten.

Am 30. Januar 1933 ergriff Hitler in Deutschland die Macht. Unmittelbar darauf kam es in Österreich zu einem Zwischenfall, aus dem sich ein internationaler Skandal entwickelte. Die österreichische Regierung, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befand, zahlte die Löhne der Eisenbahner in Raten aus.

Die Eisenbahner riefen darauf einen zweistündigen Streik aus. Die Regierung antwortete mit der Entlassung der bekanntesten sozialdemokratischen Funktionäre der Eisenbahnergewerkschaft. Diesem Geplänkel waren wichtigere Ereignisse vorangegangen.

Einige Monate zuvor hatten Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaft entdeckt, daß eine Rüstungsfabrik in Hinterberg (Niederösterreich) Gewehre produzierte, die nicht, wie behauptet, für die österreichische Armee, sondern für reaktionäre Kreise in Ungarn bestimmt waren. Hohe Regierungsbeamte, die dem faschistischen Flügel der katholischen Partei angehörten, hatten den Schmuggel dieser Waffen organisiert. Einer von ihnen wußte, daß ein Eisenbahner von diesen Dingen Wind bekommen hatte, und bot dem Betreffenden mit Wissen Dollfuß' ein hohes Schweigegeld an. Aber der Eisenbahner weigerte sich und übergab stattdessen beide Geheimnisse einer sozialdemokratischen Zeitung.

Die Veröffentlichung dieser dunklen Angelegenheit war schon eine Sensation, obwohl das Wichtigste noch gar nicht bekannt geworden war. Es stellte sich nämlich anschließend erst heraus, daß die Gewehre nicht für reaktionäre Kreise in Ungarn, sondern für kroatische Monarchisten bestimmt waren, die im Auftrag Italiens eine Verschwörung vorbereiteten, um Kroatien von Jugoslawien loszureißen (siehe Seipels Plan für eine "katholische Föderation"). Der Empfänger in Ungarn war nur eine Zwischenstation.

Das Geheimnis von Hinterberg war ein Teil jenes internationalen Komplotts, das 1934 in der Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander und des französischen Außenministers Barthou durch einen kroatischen Parteigänger des Hauses Habsburg gipfelte. Zwischen dem faschistischen Italien und Jugoslawien herrschte zu dieser Zeit eine erbitterte Feindschaft. Mussolini trug sich ernsthaft mit dem Gedanken an eine bewaffnete Intervention. Die Bestrebungen der katholischen Monarchisten, Kroatien von Jugoslawien loszureißen, kamen seinen Plänen entgegen.

In dieses Komplott waren außer Mussolini die halbfaschistische ungarische Regierung, Dollfuß und die Führer der Heimwehr und gewisse Kreise in Berlin verwickelt. Auch der Vatikan war über alle Einzelheiten orientiert. Einige Jahre später erklärte Graf Grandi, der italienische Botschafter in London, sowohl Dollfuß als auch Mussolini hätten sich bei der Vorbereitung dieses Planes an den Papst gewandt. Der Papst habe, ohne den Plan allerdings ausdrücklich zu billigen, den Wunsch geäußert, daß die Rechte der katholischen Kirche wiederhergestellt würden, falls Kroatien von dem "schismatischen" Jugoslawien losgetrennt werden sollte. Er habe versprochen, den katholischen Klerus Kroatiens anzuweisen die Bewegung zu unterstützen, und erklärt, daß man mit Sicherheit auf die Hilfe einer Reihe katholischer Staaten rechnen könne, falls die Angelegenheit vor den Völkerbund käme.

So hatten die Sozialdemokraten mit ihren Enthüllungen über den katholisch-monarchistischen Putsch, der Kroatien, Ungarn und Österreich in Mitleidenschaft gezogen hätte, dem Vatikan, Dollfuß und Mussolini die kroatische Suppe versalzen. Die österreichischen Katholiken schworen, sich an den Sozialdemokraten zu rächen. Dollfuß versprach Mussolini, der eine sofortige Vernichtung der Sozialdemokraten forderte, alles zu tun, was in seiner Kraft stehe, um dieses Ziel zu erreichen. "Die sozialistischen Wachhunde müssen zum Schweigen gebracht werden."

Dollfuß wandte sich offen dem Faschismus zu und bildete ein antisozialistisches Kabinett, das sich aus Vertretern der katholischen Partei, der Bauernpartei und der Heimwehrführung zusammensetzte Die Sozialdemokraten, die größte und geschlossenste Kraft im Lande, wurden bei der Regierungsbildung völlig übergangen.

Nach der Regierungsumbildung löste Dollfuß das Parlament auf (15. März 1933) und verkündete: "Das alte Parlament ist verschwunden, es wird nie wiederkehren. Die liberale kapitalistische Ordnung ist verschwunden, sie wird nie wiederkehren Der Einfluß der Sozialisten ist für immer gebrochen. Ich gebe hiermit das Ableben des Parlaments bekannt. Österreich ist nach italienischem Vorbild zum Faschismus übergegangen." Dollfuß konzentrierte die wichtigsten Ressorts – Armee, Polizei, Gendarmerie,

Außenpolitik und Landwirtschaft – in seiner Hand. Er verfügte die Auflösung aller Parteien einschließlich der katholischen Partei, deren Verschwinden, wie er wußte, den Wünschen des Vatikans entsprach. Die neue Diktatur sollte nach Seipels Konzeption auf dem Ständewesen beruhen. Der Antisemitismus erhielt staatliche Anerkennung, die Presse wurde geknebelt und die Opposition unterdrückt. Im ganzen Land wurden Konzentrationslager eingerichtet. Die Gewerkschaften wurden schrittweise aufgelöst. Dollfuß schlug vor, katholische Gewerkschaften zu bilden, deren Führer von ihm ernannt werden sollten.

Im Jahre 1933, also nach der Ausschaltung des Parlaments und der Errichtung der faschistischen Diktatur, erließ Dollfuß mehr als 300 gesetzund verfassungswidrige Verordnungen. Er benutzte seine Macht vor allem dazu, die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter aufzuheben und den Wert des Eigentums und die Sicherheiten der besitzenden Schichten zu vergrößern. Die Bauern erhielten, um sie bei der Stange zu halten, Subsidien auf Kosten der Arbeiterschaft.

Dollfuß beseitigte die Presse- und Versammlungsfreiheit, hob das Postgeheimnis auf, verbot nahezu alle Kultur- und Sportvereinigungen, die
keinen ausgesprochen katholischen Charakter hatten, löste den "Republikanischen Schutzbund" auf und bewaffnete die katholischen, faschistischen
Heimwehren. Er schränkte das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren
ein, errichtete sogenannte Blitzgerichte und führte die Todesstrafe wieder
ein. Die einzigen Personen, die er zum Tod durch den Strang verurteilen
ließ, waren Arbeiter; sie waren angeklagt, Heimwehrleuten Widerstand
geleistet zu haben.

Dollfuß ergriff all diese Maßnahmen, nachdem er Mussolini und dem Vatikan einen Besuch abgestattet hatte. Sie fanden ihre Krönung 1954 durch den Abschluß eines Konkordats. Die Parole des Vatikans: "Ein katholisches Österreich", schien Wirklichkeit zu werden. Die Grundsätze der Enzyklika Quadragesimo Anno waren, zumeist mit Gewalt, durchgesetzt worden.

Das Konkordat gewährte der Kirche eine offizielle und vom Gesetz geschützte Position, die sie voll ausnutzte. Die katholische Religion wurde Staatsreligion, der Klerus erhielt eine privilegierte Stellung innerhalb der Gesellschaft, das Erziehungswesen wurde der Kirche unterstellt, alle nicht katholischen Einflüsse im Schulwesen wurden systematisch ausgemerzt. In Tausenden von Büchern und Pamphleten wurden die Segnungen des autoritären Ständestaates, wie der Papst ihn gefordert hatte und wie er von Mussolini in Italien und von Dollfuß in Österreich verwirklicht worden war, gepriesen. Die evangelischen und protestantischen Kirchen wurden systematisch verfolgt, ihre Geistlichen verfemt und verhaftet.

Diese Verfolgungen der evangelischen und der protestantischen Kirchen waren ein reiner Racheakt der katholischen Kirche. Tausende von Österreichern waren aus Protest gegen den religiösen Terror der katholischen Kirche zum Protestantismus übergetreten, vor allem zur evangelischlutherischen Kirche.

Innerhalb weniger Monate hatten mehr als 23000 Österreicher um Aufnahme in die evangelisch-lutherische Kirche nachgesucht. Allein in Wientraten 16000 Menschen aus der katholischen Kirche aus. In kurzer Zeit erreichte die Anzahl derer, die der katholischen Kirche den Rücken kehrten, mehr als 100000. Die Mehrzahl der Abtrünnigen gehörte zu den Mittelschichten.

Dollfuß hatte angenommen, daß die Nazis ihn unterstützen würden, nachdem er die "verfluchten Sozialdemokraten" vernichtet hatte. Aber die Nazis legten im Gegenteil ein Benehmen an den Tag, das keineswegs auf eine engere Zusammenarbeit in der Zukunft schließen ließ. So konzentrierte Dollfuß seine Kräfte auf die Wiedererweckung des österreichischen Nationalbewußtseins. Trotz seiner großen Sympathien für Hitler und Mussolini wünschte er doch, daß Österreich unabhängig bliebe. In dieser Beziehung fand er bei breiten Schichten der Bevölkerung Unterstützung. Die Führung der katholischen Partei war seit je gegen einen Anschluß an Deutschland gewesen. Auch die Geistlichkeit war dagegen. Ihr Widerstand war so stark, daß die Bischöfe und Pfarrer um die Zeit, als Dollfuß Kanzler wurde, in ihren Predigten und in privaten Unterhaltungen erklärten, der Nazismus bedrohe Österreichs Unabhängigkeit, ja er sei der geschworene Feind der katholischen Kirche. Hinzu kamen der den Österreichern von Jugend an eingeimpfte Haß gegen die Preußen und ihre Antipathie gegen den Norden und gegen den Protestantismus.

Die katholische Hierarchie, die zu dieser Zeit ihre ganze Hoffnung auf die Errichtung eines totalitären Staatswesens in Österreich setzte, war überdies gegen den Anschluß, weil sie unter Hitler, angesichts der Brückenköpfe, die der Protestantismus in Österreich bereits erobert hatte, niemals ein katholisches Österreich hätte errichten können. Aber diese Überlegungen waren nicht so gewichtig, daß die Priester, wenn sie im Beichtstuhl von nazistischen Neigungen eines Beichtkindes Kenntnis erhielten, sie etwa als Sünde verurteilt hätten.

Dollfuß versuchte die Heimwehren in eine totalitäre Partei umzuwandeln, um sie auf diese Weise zur Stütze seines Staates zu machen. Diesen Schritt hatten Starhemberg und Mussolini gewünscht. Wieder erhielten die Heimwehren finanzielle Mittel, um sich entsprechend auszurüsten. Dollfuß und die katholische Partei waren sich jedoch dabei im klaren, daß gutausgerüstete Heimwehren die Feindschaft von nahezu 90 Prozent der

Bevölkerung hervorrufen würden, und zwar nicht nur der Sozialdemokraten und der Nazis, sondern auch gewisser katholischer Kreise.

Waffen reichten nicht aus, die Diktatur zu stützen. Die katholischen Führer waren daher von vornherein entschlossen, ihre Macht nicht allein auf die Heimwehren zu stützen, sondern sich ein weiteres Element zunutze zu machen, von dem sie annahmen, daß es verläßlich und stark sei – die österreichische Geistlichkeit. Der Vatikan war damit einverstanden. Die Geistlichkeit sollte also das politische Rückgrat der Diktatur werden, und die Heimwehren sollten den militärischen Schutz bilden. Die österreichische Hierarchie erhielt aus Rom die Weisung, das Dollfußregime voll zu unterstützen und die Geistlichkeit zur Säule des neuen katholisch-autoritären Staates zu machen. Sie gab diese Weisung an den gesamten österreichischen Klerus weiter, bis hinab in die letzte Gemeinde. Aber die katholische Kirche hatte sich zuviel vorgenommen, sie war dieser Aufgabe nicht gewachsen und scheiterte an ihr. Damit war das Schicksal der österreichischen Republik entschieden.

Bevor wir uns den kommenden Ereignissen zuwenden, wird es gut sein, die Ursache dieses "Versagens der Kirche" zu untersuchen.

Als Dollfuß in Österreich den Ständestaat proklamierte, hatte sein Plan, sich mit seiner Diktatur auf die Geistlichkeit zu stützen, viel weniger Aussicht auf Erfolg, als ein oberflächlicher Beobachter hätte annehmen können. Wir wiesen bereits darauf hin, daß die Kirche mit dem Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung den Einfluß auf die Arbeiterklasse fast völlig verloren hatte. Die Arbeiter sahen in der Kirche ihren politischen Feind. In religiösen Fragen waren sie entweder indifferent oder voll Verachtung. Diese Haltung versteifte sich, als Prälat Seipel sich und die katholische Kirche bedingungslos mit dem Großkapital identifizierte. Obendrein hatte Seipel die faschistischen Heimwehren gefördert und erklärt, daß er sie als Waffe gegen den Sozialismus gebrauchen wolle. So sahen die Arbeiter in der katholischen Kirche von Anfang an eine Institution, die mit dem Faschismus verbündet war.

Am 15. März 1933 setzte Dollfuß die Verfassung außer Kraft, am 26. Mai verbot er die Kommunistische Partei, elf Monate später löste er die Sozialistische Partei und die Gewerkschaften auf. Auch hierbei leistete die katholische Kirche der faschistischen Diktatur große Hilfe. Da die Kirche den Faschismus so offen unterstützte, konnte sie nicht damit rechnen, die Arbeiterklasse zurückzugewinnen. Darin unterschied sich die Lage in Österreich von der Situation in Deutschland. Aber die ständige Hilfe der Kirche für die katholische national-österreichische Dollfußdiktatur hatte für sie weit ernstere Folgen. Sie verlor dadurch sehr rasch die Unterstützung der Bauernschaft, also der Schicht, auf die sich der Katholizismus seit je fest

verlassen konnte. Die Nazis hatten ihre Kräfte in den Dörfern vervielfacht, wie sich später herausstellte.

Der österreichische Bauer, obwohl katholisch, liebte es keineswegs, wenn sich die Geistlichkeit in das einmischte, was er als weltliche Angelegenheiten ansah. Der Pfarrer sollte sich, das war seine Ansicht, mit den religiösen Nöten der Gemeinde befassen und nicht danach streben, die politische Führung an sich zu reißen.

In der Zeit nach den revolutionären Ereignissen von 1844 verlor die katholische Kirche sehr viel Vertrauen, als sie die Pfarrer zum verlängerten Arm der Regierung machte. Im Jahre 1880 erreichten die Bischöfe durch ihre Unterstützung der Konservativen nichts anderes als eine wahre Revolte der Gemeindepfarrer, die mit dem Sieg der Christlich-Sozialen und der Gründung der katholischen Partei endete. Und jetzt waren es wieder die Gemeindepfarrer, die dem von der Kirche gestützten System, in diesem Fall der Dollfußtheokratie, die Gefolgschaft verweigerten.

Dollfuß und die katholische Kirche betrieben außerdem die Wiederkehr der Habsburger und aller aristokratischen und feudalen Traditionen. Wenn diese Pläne auch in gewissen Gegenden und in gewissen Kreisen Österreichs Zustimmung fanden, so stießen sie doch bei der Mehrheit des österreichischen Volkes auf schärfste Ablehnung.

In den Dörfern und Kleinstädten repräsentierten im allgemeinen der Arzt, der Tierarzt, der Rechtsanwalt und die übrige örtliche Intelligenz den Nazismus. Die Nazis setzten in den Dörfern vor allem auf die Abneigung der Bevölkerung gegen die Einmischung der Kirche in politische Angelegenheiten. So wurde rasch aus dem Kampf zwischen den Nazis und dem Gemeindepfarrer ein Kampf zwischen der Kirche und einer mißvergnügten Intelligenz um die politische Führung in den Gemeinden. In vier Ländern wurden auf diese Weise fast alle Bauern nazistisch. Nur in Wien fanden die Nazis nach wie vor wenig Anhang.

Die Revolte der Bauern gegen die Kirche, die ständige Zunahme der Nazianhängerschaft und die erschreckend wachsende Anzahl von Übertritten zum Protestantismus bereiteten der katholischen Hierarchie täglich größere Sorge.

Die Bischöfe drängten Dollfuß, endlich zu handeln. Dollfuß ließ Personen verurteilen, die Nazipropaganda getrieben hatten. Das führte in den meisten Fällen dazu, daß die Verurteilten und ihre Angehörigen zur protestantischen Kirche übertraten. Diese Zwangsmaßnahmen verstärkten nur den Geist der Rebellion.

Während sich die Lage auf dem Lande weiter zuspitzte, fuhr Dollfuß fort, die Linken zu verfolgen und seine Diktatur aufzubauen. Er ging dabei schrittweise vor, raubte den Sozialdemokraten ein Recht nach dem anderen

und setzte sie dem ständigen Druck der Hierarchie, der Heimwehren und Mussolinis aus. Als er schließlich am 11. Februar 1934 durch die Polizei das sozialdemokratische Hauptquartier in Linz besetzen ließ, nahmen die Sozialdemokraten in Linz, in Wien und in einigen anderen Bezirken den Kampf auf. Die bewaffnete Auseinandersetzung dauerte vier Tage, in einigen Teilen des Landes noch länger.

Dollfuß gab den Heimwehrführern freie Hand und befahl, jeden Gefangenen vor ein Standgericht zu bringen und aufzuhängen. Er erklärte nach den Kämpfen, es seien "lediglich 137 Rebellen" getötet worden. Ein schwerverwundeter sozialdemokratischer Kämpfer wurde auf einer Tragbahre zum Galgen geschleppt. Dollfuß sah sich auf Grund eines Entrüstungssturms in der ganzen Welt gezwungen, die Hinrichtungen einzustellen. Konservative Kreise schätzten, daß 1500 bis 1600 Arbeiter getötet und 5000 verwundet worden waren. 1188 wurden eingesperrt und elf erhängt. Der Vatikan schwieg.

Wenn man die Methoden, mit denen das katholische Regime gegen seine Feinde vorging, mit den Methoden der Sozialdemokraten vergleicht, die in der Revolution von 1919 und in den Jahren ihrer Machtausübung in Wien, wie ein Historiker schrieb, "keinem einzigen Menschen auch nur ein Haar krümmten", dann findet man von neuem die geschichtliche Erfahrung bestätigt, daß nicht die Revolution, sondern die Konterrevolution das meiste Blut vergießt.

Ein Regierungskommissar übernahm die Verwaltung von Wien. Die Sozialistische Partei mußte in die Illegalität gehen. Alle, die es wagten, für sie zu arbeiten, wurden ins Gefängnis geworfen. Ende 1934 befanden sich 19 051 revolutionäre Arbeiter ohne richterliches Urteil in Haft und wurden brutal behandelt. Journalisten, die sich von den Lebensbedingungen der Häftlinge überzeugen wollten, erhielten keinen Zutritt. Die katholische Kirche veranlaßte Dollfuß, keine Hilfeleistungen aus dem Ausland anzunehmen, um "alle, die in Not sind, zu zwingen, sich an katholische Stellen zu wenden". (Annual Register, S. 199)

Die Verfolgungen der Sozialdemokraten und aller Feinde der katholischen Kirche dauerten an. Das bisherige ausgezeichnete österreichische Erziehungssystem wurde von der Kirche absorbiert und zugrunde gerichtet. Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechterte sich, große Teile der Bevölkerung litten von neuem an Unterernährung. Das Bauprogramm der Sozialdemokraten, das in ganz Europa Aufsehen erregt und Anerkennung gefunden hatte, wurde gestoppt.

Nutznießer dieser Entwicklung war vor allem Hitler, dessen Anhang in Österreich sich dank der "Unterdrückung der sozialistischen Wachhunde" rasch vergrößerte.

Die Kirchenführer im Vatikan spielten mit Hitler und Dollfuß ein doppeltes Spiel. Vorerst beobachteten sie und warteten ab. Der Papst hatte Hitler zu verstehen gegeben, daß die Kirche ihm helfen werde, seine politischen Ziele in Österreich zu erreichen, wenn er sein Wort bezüglich der katholischen Kirche in Deutschland halte. Der Vatikan hoffte, Hitler dadurch zu zwingen, die Bestimmungen des Konkordats einzuhalten. Andererseits mußte sich der Vatikan Gewißheit verschaffen, ob der katholische Sieg in Österreich von Dauer war oder ob dort nach wie vor die Gefahr einer Revolution bestand. Falls die Revolution noch nicht gebannt sein sollte, mußte eine härtere Hand her, um die "rote Gefahr" endgültig zu beseitigen. Vielleicht war Hitler diese "härtere Hand"? Der Vatikan war auf jeden Fall zu den größten Opfern bereit, um seine Ziele zu erreichen. Er würde, wenn nötig, sogar auf das katholische Regime in Österreich und auf alle Träume von einer "päpstlichen Konföderation" verzichten.

Dollfuß glaubte felsenfest, daß er sich durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung Hitlers Freundschaft verdient habe. Aber Hitler verfolgte seine eigenen Ziele in Österreich. Dollfuß erklärte sich bereit, Nazis in sein Kabinett aufzunehmen, stellte aber die Bedingung, daß die österreichische Unabhängigkeit erhalten bliebe. Die Nazis wollten jedoch den Anschluß und die Herrschaft Hitlers. Die Verhandlungen zerschlugen sich. Darauf begannen die Nazis Bomben zu werfen. Dollfuß verkündete den Belagerungszustand und bedrohte den illegalen Besitz von Dynamit mit der Todesstrafe. Aber in keinem einzigen Fall setzte er diese Drohung in die Tat um. Für ihn und seinen Innenminister, Major Fey, waren bombenwerfende Nazis harmloser als sozialdemokratische Arbeiter, die ihre in jahrzehntelangem Kampf errungenen Rechte verteidigten.

Hitlers Forderungen führten zu ernsthaften Auseinandersetzungen im Kabinett Dollfuß und drohten die Regierung zu sprengen. Major Fey wurde beschuldigt, mit den Nazis unter einer Decke zu stecken. Außerdem war es den Nazis gelungen, Anton Rintelen, den zweiten Mann der katholischen Partei, der wenige Monate zuvor noch Landeshauptmann der Steiermark gewesen war, auf ihre Seite zu ziehen. Am 25. Juli 1934 versuchten sie die Macht zu ergreifen. Eine Gruppe Nazis stürmte das Kanzlergebäude, um die Regierung festzunehmen. Dollfuß und Fey wurden verhaftet. Dabei wurde Dollfuß tödlich verwundet. Die rasch zusammengezogenen Truppen erwiesen sich jedoch als zuverlässig. Mussolini, der seinen Plan, Herr über Österreich und Ungarn zu werden, in Gefahr sah, ließ zwei Divisionen am Brenner aufmarschieren. Hitler war auf eine bewaffnete Auseinandersetzung noch nicht vorbereitet. Er zog es daher vor, die Verschwörer ihrem Schicksal zu überlassen, und sandte den päpstlichen Kammerherrn von Papen nach Wien, um die Wellen wieder zu glätten.

Dollfuß' Nachfolger wurde Kurt von Schuschnigg, ein Angehöriger des Tiroler niederen Adels. Schuschnigg war Katholik und Monarchist, sah aber ein, daß eine Wiedereinführung der Monarchie äußerst unpopulär wäre. Als Jesuitenzögling mit ausgeprägtem religiösem Empfinden machte er eher den Eindruck eines strebsamen Priesters als eines Politikers. Auch er wollte ein "autoritäres" Regime, aber ein Regime mit anderen, vor allem weniger strengen Regierungsmethoden als denen, die Dollfuß eingeführt hatte. Diese Aufgabe wurde ihm dadurch erleichtert, daß Hitler seine Politik bezüglich Österreichs hatte ändern müssen; er hatte die Wirkungen seiner Aggressionspolitik in ganz Europa zu spüren bekommen und war gezwungen, kürzer zu treten.

Anfangs unterschied sich das neue Regime nur in Kleinigkeiten von dem des Kanzlers Dollfuß. Allmählich erkannte Schuschnigg aber, daß er, um populär zu werden, die Bürde der Diktatur, die so schwer auf dem Rücken des Volkes lastete, ein wenig erleichtern mußte. Das galt vor allem für die Arbeiterklasse. So begann er hier und da gewisse Zugeständnisse zu machen und entfernte die vom Volk gehaßten Extremisten Starhemberg und Fey aus seiner Regierung.

Nachdem sich die katholische Kirche in der ersten Zeit nach dem Naziputschversuch zurückgehalten hatte, versuchte sie nun von neuem einen starken Druck auf das politische Leben des Landes auszuüben. Sie fürchtete wie eh und je die "rote Gefahr" und forderte daher vor allem eine Kontrolle über die Arbeiterschaft. Das Gesetz und die Armee schienen ihr zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung nicht ausreichend. Sie wollte die Arbeiterschaft fester in die Hand bekommen und sie zwingen, sich ihrer unmittelbaren Kontrolle zu unterstellen.

Auf Drängen der katholischen Kirche erließ Schuschnigg ein Gesetz, das jeden Bürger verpflichtete, einer Kirche anzugehören. Die politische Bedeutung dieses Manövers wurde von vielen Kreisen sofort erkannt. Nicht nur die Arbeiter traten ihm mit offener Feindschaft entgegen. Was bereits unter Dollfuß geschehen war, wiederholte sich nun in weit größerem Umfang. Die Menschen begannen in Massen aus der katholischen Kirche auszutreten. Tausende Katholiken, hauptsächlich Arbeiter und Angehörige der Mittelschichten, traten zur protestantischen Kirche über, von der sie annahmen, daß sie sich nicht in ihre politischen Angelegenheiten einmischen würde. Die Anzahl der Protestanten erreichte in dieser Zeit eine Höhe, die man im katholischen Österreich nie für möglich gehalten hätte. Sie stieg auf 340 000. Die wenigen protestantischen Pfarrer, die sich noch ihrer Freiheit erfreuten, waren davon geradezu überwältigt.

Wieder einmal hatte die katholische Kirche mit einer Maßnahme genau das Gegenteil von dem erreicht, was sie bezweckt hatte. Die Angelegenheit verlief im Sande, die innenpolitische Situation festigte sich etwas. Obwohl die katholische Kirche nicht aufhörte, von der Regierung drastischere Maßnahmen gegen die "rote Gefahr, die in der Tiefe rumort", zu fordern, gab es keine besonderen innenpolitischen Schwierigkeiten mehr. Aber die Ruhe war trügerisch. Die Unruhe kehrte zurück, nur hatte sie diesmal äußere Ursachen.

Der abbessinische Krieg war ausgebrochen. Das faschistische Italien bemühte sich um Deutschlands Freundschaft und unterstützte Österreich deshalb nicht länger. Es riet Schuschnigg, mit Hitler unmittelbar zu verhandeln. Daraufhin unterzeichnete Österreich im Juli 1936 einen Vertrag mit Nazideutschland, in dem es versprach, seine Außenpolitik den Interessen Deutschlands unterzuordnen und im Falle eines Krieges an Deutschlands Seite zu stehen.

Das von Dollfuß ausgesprochene Verbot der Nazipartei blieb bestehen, aber die staatlichen Stellen wandten es nicht an. Ein Naziführer wurde sogar Innenminister. Der Waffenstillstand mit dem Nazismus dauerte etwa 18 Monate. Unterdessen war Deutschland in der internationalen Arena immer stärker geworden. Die Achse Rom-Berlin hatte sich gefestigt, die Rüstungsproduktion war gestiegen. Angesichts dieser Tatsachen und des Schreckgespenstes der "roten Gefahr", dessen Wiedergeburt unausweichlich schien, entschloß sich die österreichische Hierarchie auf Weisung des Vatikans, mit Hitler ein Tauschgeschäft abzuschließen. Nur durch Hitlers eiserne Hand, so hoffte sie, könnten die "Roten" endgültig zerschmettert werden. Falls Hitler versprach, die Rechte der Kirche in Deutschland und in Österreich zu respektieren, sollte er ihre volle Unterstützung genießen. Hitler erkannte diese neue Haltung der Kirche rasch und entfesselte in Deutschland eine neue Verfolgungskampagne gegen die katholische Kirche. Er hatte dafür gewichtige innenpolitische Gründe, aber für die Auslösung der Kampagne hatte die österreichische Frage den Ausschlag gegeben. Hitler ließ den Vatikan wissen, daß alle Verfolgungsmaßnahmen eingestellt würden, falls der Vatikan die österreichische Hierarchie anwies, den Anschluß zu unterstützen. Hitler würde dann die Rechte der Kirche nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich respektieren.

Der Vatikan gab seinen Konsens. Darauf begannen über Franz von Papen und den Kardinal Innitzer in Wien Verhandlungen mit dem Ziel, Schuschnigg von der Notwendigkeit der Auslieferung Österreichs an Hitlerdeutschland zu überzeugen. Aber Schuschnigg widersetzte sich dem Anschluß, weil er wußte, daß dies das Ende Österreichs bedeuten würde. Er weigerte sich hartnäckig. Hitler zitierte ihn nach Berchtesgaden und befahl ihm, das Innenministerium dem ergebenen Katholiken und Nazi Seyß-Inquart zu übertragen. Hitler zeigte Schuschnigg die Marschbefehle, die den deutschen

Truppen erteilt würden, falls er den Forderungen nicht nachkomme. Schuschnigg mußte nachgeben.

Seyß-Inquart betrieb nach dem ersten Weltkrieg eine mittlere Anwaltspraxis in Wien. Seine Beziehungen zur katholischen Partei waren sehr eng. Er unterstützte zahlreiche katholische Organisationen und war ein eifriger katholischer Propagandist und Kirchenbesucher. Seine ehrgeizigen Bemühungen um die katholische Sache brachten ihn bald mit dem Kanzler Dollfuß in Berührung. Von diesem Augenblick an stieg er rasch empor und machte Karriere.

Schuschnigg hatte in Berchtesgaden sehr viel zu hören bekommen, darunter auch einiges, was den Vatikan und seine Beziehungen in Österreich betraf. Dies veranlaßte ihn, seine Politik hinsichtlich der Sozialdemokraten zu überprüfen. Er brauchte ihre Unterstützung für den Kampf um die österreichische Unabhängigkeit.

Die innere Lage Österreichs zu dieser Zeit wurde gekennzeichnet durch das Kräftedreieck zwischen Katholiken, Nazis und Sozialdemokraten. Dollfuß hatte versucht, sich mit den Nazis zu einigen, um die Sozialdemokraten zu zerschmettern. Schuschnigg war bestrebt gewesen, es mit keinem von ihnen zu verderben. Als aber die entscheidende Stunde kam, mußte er erkennen, daß er sich weder auf die Nazis noch auf die Katholiken verlassen konnte. Die stärkste Unterstützung erhielt er von den Sozialdemokraten. Nach seiner Unterredung mit Hitler bildete er die Regierung um. Er nahm nicht nur Seyß-Inquart in das neue Kabinett, sondern berief auch Vertreter der demokratischen und der sozialdemokratischen Gruppe in die Regierung. Dann führte er Verhandlungen mit Vertretern der Industriearbeiter und machte den Arbeitern bald darauf gewisse Zugeständnisse.

Kurz vor dem Ende Österreichs organisierten die Arbeiter, zum erstenmal seit vielen Jahren ungehindert von der Polizei, eine große Kundgebung und verpflichteten sich, Österreichs Unabhängigkeit zu verteidigen. Sie taten dies nicht allein aus Haß gegen den Nazismus, sondern auch in der Hoffnung, dadurch ihre eigene Unabhängigkeit zurückzugewinnen. Der Bankrott der Politik von Seipel bis Dollfuß trat offen zutage: Im schwierigsten Augenblick für Österreichs Unabhängigkeit konnte sich die katholische Regierung nur auf die Arbeiterbewegung verlassen, die von ihr so brutal verfolgt worden war.

Aber die Reaktion blieb nicht müßig. Die österreichische Hierarchie, der Vatikan und katholische Politiker in und außerhalb der Regierung stemmten sich heftig gegen diese Zugeständnisse. "Was, so viele Kämpfe, so viel Blutvergießen, so viele Risiken, und das alles nur, um zur Demokratie zurückzukehren, damit die Roten von neuem ihr Haupt erheben? Niemals!" So wurde jede Maßnahme verzögert. Trotz ständiger Versprechungen erhielt

die Arbeiterbewegung keine wirklichen Zugeständnisse. Es wurde ihr nicht einmal gestattet, eine Zeitung unter eigener Kontrolle herauszugeben.

Kardinal Innitzer übte in diesen Wochen auf Schuschnigg und die Regierung einen dauernden Druck aus und riet ihnen, sich Hitler völlig zu unterwerfen. Er erklärte Schuschnigg, der Anschluß sei unvermeidlich und der Vatikan wünsche ihn auch. Aber Schuschnigg blieb fest, trotz starker Zweifel. Einige Katholiken, die wußten, was hinter den Kulissen vorging, fuhren erbittert fort, gegen die Vereinigung mit Deutschland Stellung zu nehmen, und wünschten ihrem Vaterland die Unabhängigkeit zu erhalten. Sie hatten erkannt, daß die Regierung in dieser entscheidenden Stunde nicht auf die Unterstützung der Kirche rechnen konnte, der Kirche, für deren Interessen sie einen jahrelangen politischen Kampf geführt hatten.

In Wien erreichte die Volksbewegung und der kämpferische politische Schwung der arbeitenden Massen einen Höhepunkt. Man wiegte sich in dem Glauben, der Nazismus sei besiegt. Der Gedanke des Kampfes für Österreichs Unabhängigkeit war unter den Massen sehr populär geworden, da sie ihn mit der nachgiebigeren Innenpolitik der Regierung in Zusammenhang brachten.

So kam es, daß auch Arbeiter, die früher für den Anschluß waren, als er noch als eine demokratische Maßnahme geplant war, die Österreich größere regionale Rechte gewähren sollte, nun erbitterte Gegner des Anschlusses wurden, weil er unter den augenblicklichen Bedingungen die Nazis an die Macht bringen würde. So unterstützten sie, so paradox es auch klingt, Schuschnigg, da sie hofften, daß er auf diese Weise den Weg zur Demokratie und zur Freiheit zurückfinden würde.

In Wien demonstrierten die Massen für Österreichs Freiheit. Die Demonstrierenden – Sozialdemokraten, Kommunisten, Katholiken und Monarchisten – marschierten Schulter an Schulter. Österreich hatte sich erhoben und war bereit zu kämpfen. Niemals waren die Nazis so schwach wie in diesen Tagen. Hitler war, ebenso wie Schuschnigg und Innitzer, heftig erschrocken. Keiner von ihnen konnte sagen, was aus dieser Massenbewegung werden würde, aber eines erkannten sie alle: Wenn dieser Enthusiasmus auch nicht gleich zum Kommunismus führen würde, so würde er doch zumindest in eine Massenbewegung gegen den Faschismus münden, deren Folgen sich wahrscheinlich nicht auf Österreich beschränken ließen.

Die österreichische Regierung hatte sich entschlossen, für die Unabhängigkeit des Landes zu kämpfen. Schuschnigg hoffte, Blutvergießen zu vermeiden, und spielte daher seine letzte Karte aus. Er erklärte, das österreichische Volk solle, falls es wirklich den Anschluß wünsche, seinen Willen in einem Volksentscheid kundtun. Dieser Entschluß Schuschniggs richtete sich vor allem gegen die Pläne des Vatikans. Kardinal Innitzer, der bereits

mit Hitler in Kontakt stand, begann Schuschnigg von neuem unter Druck zu setzen. Der Kardinal wußte nur zu genau, daß sich das Volk gegen den Anschluß entscheiden würde. Die "Roten" konnten sich dann jeder Kontrolle entziehen. Einer solchen Entwicklung durfte die Kirche nicht tatenlos zusehen. Bevor Innitzer aber Hitler die uneingeschränkte Unterstützung der katholischen Kirche zusicherte, nahm er ihm das Versprechen ab, nach der Einverleibung Österreichs die Rechte der katholischen Kirche zu achten.

(Bei einem Presseinterview am 26. Februar 1946 in Rom gab Kardinal Innitzer der Öffentlichkeit zum erstenmal Einzelheiten über seinen Besuch bei Papst Pius XI. im März 1938 bekannt. Der Besuch fand zu der Zeit statt, als Hitler in Österreich einmarschierte. Der Kardinal stellte unter anderem fest: "Ich ging nach Rom, um einer Aufforderung des Heiligen Vaters Folge zu leisten . . . Als ich nach Wien zurückgekehrt war, hatte ich mit Hitler eine Unterredung. Er fragte mich, was der Papst von ihm halte." Der Kardinal sprach mit Bitterkeit über Hitlers Wortbruch bezüglich der Versprechungen, die er der katholischen Kirche in Österreich gegeben hatte, und fuhr fort: "Ich bekam von ihm in religiösen Fragen jede Zusicherung, die ich haben wollte. Ich sollte meine eigenen Schulen und alles andere erhalten, was ich benötigte. In den ersten sechs Monaten geschahen nur wenige Übergriffe. Wenn ein katholischer Lehrer krank wurde, trat ein Nazi an seine Stelle. Aber dann ließ Hitler die Maske fallen und übernahm alle Schulen und unterdrückte die katholischen Privatschulen." Der Kardinal machte eine heftige Geste, schlug auf den Tisch und rief: "Alle Versprechungen Hitlers waren Lügen!" (Universe, 1. März 1946)

Man sollte, wie bei den Vorgängen in Italien und in Deutschland, ebenso im Fall Österreich beachten, daß sich die Beschwerden der Kirche niemals gegen die Diktatur als solche richteten. Die Kirche protestierte lediglich dann, wenn der betreffende Diktator die Versprechungen, die er der jeweiligen Hierarchie als Gegenleistung für die Hilfe der Kirche bei seiner Machtergreifung gegeben hatte, nicht hielt. Die zahllosen Verbrechen der Diktatoren an einzelnen Menschen und ganzen Völkern konnten weder den Kardinälen und Bischöfen noch dem Papst ein Wort des Protestes entlocken.)

Hitler war sich völlig im klaren, daß das österreichische Volk den Anschluß ablehnen würde, falls der Volksentscheid vor einer deutschen Besetzung stattfände. Er entwickelte daher dem Kardinal einen unglaublichen Plan: Nicht die Österreicher, sondern die Deutschen sollten darüber entscheiden, ob die Österreicher Deutsche werden sollten oder nicht. Daß der Kardinal einem solchen Zynismus auch nur sein Ohr lieh, ist kaum faßbar. Innitzer versprach, alles zu tun, was in seinen Kräften stand, um zu sichern, daß die Österreicher Hitler willkommen hießen und für ihn stimmten.

Am 9. März 1938 sollte der Volksentscheid stattfinden, aber er fand nicht statt; Hitler hatte es Schuschnigg verboten. Am Nachmittag des 11. März war fast ganz Wien auf den Beinen, demonstrierte gegen Nazismus und Faschismus, für politische Freiheit und nationale Unabhängigkeit. Um neunzehn Uhr tauchten nazistische Sturmabteilungen in Wien auf. Schuschnigg trat unverzüglich zurück. Innerhalb einer Stunde trug die österreichische Polizei Hakenkreuzarmbinden.

Wien wurde von deutschen Truppen überflutet. Kardinal Innitzer begrüßte den Einmarsch der Nazis mit Glockengeläut und Hakenkreuzfahnen an den Kirchen. Er wies seinen Klerus an, dasselbe zu tun, und rief alle Österreicher auf, sich zu dem Mann zu bekennen, "dessen Kampf gegen den Bolschewismus und für die Einheit, Ehre und Macht Deutschlands dem Willen der göttlichen Vorsehung entspricht". Einige Tage später, am 15. März, traf Innitzer abermals mit Hitler zusammen. Dabei wiederholte Hitler seine Versicherung, daß er die Rechte der Kirche respektieren würde. Darauf forderten der Kardinal und seine Bischöfe, mit Ausnahme des Bischofs von Linz, alle Österreicher auf, für Hitler zu stimmen. Unter den Aufruf setzten sie die Worte: "Heil Hitler."

So endete Österreich.

KAPITEL XIII Die Tschechoslowakei und der Vatikan

Die Tschechoslowakische Republik nach dem ersten Weltkrieg - Widerstand gegen katholische Kirche - Massenaustritte - Die Bewegung "Los von Rom" - Beziehungen der Republik zum Vatikanstaat - Neutralität des Staates in religiösen Fragen - Der Staat gewährt religiöse Freiheit - Intoleranz der katholischen Kirche - Einmischung der Kirche in soziale und politische Fragen - Einspruch der Kirche gegen Husfeiern - Verschliedterung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem tschechoslowakischen Staat und dem Vatikan - Feindselige Maßnahmen des Vatikans gegen die Tschechoslowakische Republik - Gründe dieser feindseligen Haltung - Wühltätigkeit der reaktionären Parteien - Verschwörung gegen die Republik - Henlein, Hitlers katholische Agentur in der Tschechoslowakei - Der Katholizismus unterstützt Hitlers Ansprüche - Erster Schlag gegen die Republik: München - Hitlers zweite Verschwörung - Hitlers zweiter katholischer Agent: Tiso - Das Ende der Tschechoslowakischen Republik - Das katholisch-faschistische Staatswesen in der Slowakei - Der Ständestaat - Jugendorganisationen nach nazistischem Vorbild - Die antidemokratischen, antibolschewistischen, antisemitischen Grundpfeiler des slowakischen Staates - Das Privileg der katholischen, faschistischen und nazistischen Grundsätze - Die Verantwortung des Vatikans.

Wenige Wochen nach der Einverleibung Österreichs in das "Großdeutsche Reich" bediente sich Hitler hinsichtlich der katholischen Gläubigen in der Tschechoslowakischen Republik der gleichen Taktik wie bei der Vorbereitung des "Anschlusses".

Man hätte erwarten können, daß der Katholizismus in den an Deutschland grenzenden Ländern Lehren aus dem Schicksal Österreichs und der österreichischen Kirche zog. Aber das war nicht der Fall. Im Gegenteil, der Katholizismus arbeitete weiter so eng mit Hitler zusammen, als wäre nichts geschehen. Der Vatikan hielt sich im Hintergrund, aber die katholische Bewegung, die Kurs darauf nahm, die Republik zu zerschlagen, stand unter der Führung eines dem Papst ergebenen Prälaten, einer Miniaturausgabe des Prälaten Seipel.

Bevor wir uns weiter mit dieser Frage beschäftigen, ist es angebracht, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen und zu untersuchen, wie die Tschechoslowakische Republik unterminiert wurde.

Die katholische Kirche haßte Böhmen seit den Tagen des Jan Hus, des großen "Häretikers", der wegen seiner kühnen Ideen von der Kirche auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde. Der Dreißigjährige Krieg machte Böhmen, das zu den fruchtbarsten Ländern des mittelalterlichen Europas gehörte, beinahe zur Wüste. Die katholischen Armeen verheerten das Land, so daß bei Kriegsende von seinen mehr als 3 Millionen Menschen nur noch ungefähr 780 000 am Leben waren. Von den mehr als 30 000 blühenden Städten und Dörfern standen nach dem Krieg nur noch 6 000, die anderen

waren zerstört, verbrannt oder nach der Ermordung der Einwohner verödet. Die Pest tat das übrige, ihr fielen mehr als hunderttausend Menschen zum Opfer. Tausende Einwohner Böhmens verließen ihre zerstörte Heimat und zerstreuten sich als Flüchtlinge über ganz Europa. Das einstmals reiche Königreich Böhmen hörte faktisch auf zu bestehen und geriet unter die Herrschaft der katholischen Habsburger in Österreich.

Der Vormarsch der katholischen Gegenreformation und die Errichtung der katholischen Oberherrschaft über die Länder der tschechischen Krone kosteten das tschechische Volk seine politische Unabhängigkeit. Drei Jahrhunderte lang, bis zum Ende des ersten Weltkriegs, waren die Tschechen Untertanen der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Wir legten bereits dar, wie die Dynastie Habsburg und die katholische Kirche einander stützten und welche Rolle diese Dynastie bei der Katholisierung der Länder spielte, die im Laufe der Jahrhunderte unter ihre Herrschaft gerieten. Die katholische Kirche errang in diesen Ländern mit Hilfe der Habsburger die Stellung wieder, die sie im 15., 16., ja selbst noch im 17. Jahrhundert verloren hatte. Ebenso wie in Österreich schlossen auch im tschechischen Teil der Monarchie die Kirche und das Haus Habsburg ein Bündnis, um einander bei der Durchsetzung ihrer Ziele zu helfen. Das tschechische Volk bekam die Praxis dieses Bündnisses im Laufe der Jahrhunderte oft genug zu spüren. Sein nationaler Befreiungskampf mußte sich daher von Anfang an gegen diese beiden miteinander verbündeten Kräfte richten. Der antikatholische Charakter dieses Befreiungskampfes führte dazu, daß sich ihm auch die Kräfte anschlossen, die in Opposition zur Kirche standen. Und die katholische Kirche tat das Ihre, diese Opposition zu verstärken, indem sie alle Anstrengungen unternahm, den Despotismus der Habsburger möglichst lange am Leben zu halten. Das österreichischungarische Regime stellte alle modernen Ideen, alle Lehren und Prinzipien, die nicht mit den Lehren der katholischen Religion übereinstimmten, unter Strafe. Diese Verfolgung hatte sowohl religiösen als auch politischen Charakter. Die Dynastie begünstigte den Katholizismus nicht nur, weil sie selbst katholisch war, sondern auch weil sie im Katholizismus eine Waffe sah, mit der sie die Bevölkerung im Zaume halten konnte.

Der Katholizismus regierte im Lande der Tschechen uneingeschränkt. Wohl genossen einige andere Konfessionen staatliche Anerkennung, das schloß jedoch nicht aus, daß die Nichtkatholiken überall und zu jeder Zeit verfolgt wurden. Auch das Freidenkertum wurde offiziell toleriert, aber die Lehrberufe und einige andere Berufe standen nur Angehörigen der Kirche offen. Daher wagten es vor dem ersten Weltkrieg nur 13 000 Menschen, sich als Freidenker eintragen zu lassen. Aus all diesen Gründen war es nicht verwunderlich, daß am Ende des ersten Weltkrieges, als die Tschechen und

Slowaken das verhaßte österreichisch-ungarische Joch abgeworfen hatten. eine starke Bewegung "Los von Rom" einsetzte, die zugleich ausgesprochen antikirchlich war. Die Kirche hatte sich zu eng mit der Habsburger Dynastie und mit deren wichtigstem politischem Instrument, dem politischen Katholizismus, verbunden. Bereits vor dem ersten Weltkrieg, vor allem jedoch in den Jahren nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik, kamen Bestrebungen auf, der katholischen Kirche nationalen Charakter zu verleihen. Beide Sprachen des Landes, die tschechische und die slowakische. wurden als liturgische Sprachen anerkannt. Außerdem hatte man vor, für das Gebiet der Republik ein Patriarchat zu errichten, das eine ähnliche Selbständigkeit wie die griechisch-katholische Kirche erhalten sollte. Der Vatikan brachte sein Mißfallen über diese Gedanken zum Ausdruck. Die meisten tschechoslowakischen Geistlichen, die diese Ideen vertraten, sagten sich darauf, wenn auch sehr zögernd und widerwillig, von diesem Reformprojekt los. Nur eine kleine Gruppe von Geistlichen, die auch das Zölibat abschaffen wollte, blieb fest und ging sogar so weit, eine selbständige "Kirche der Tschechoslowakei" zu gründen, die bald jeden innerkirchlichen Kontakt mit der von Rom geführten Kirche verlor.

Von 1918 bis 1930 wechselten ungefähr 1900000 Menschen (in der Mehrzahl Tschechen) ihre Konfession. Die meisten von ihnen traten aus der römisch-katholischen Kirche aus. Etwa 800000 dieser Abtrünnigen, aus schließlich Tschechen, vereinigten sich in der neuen tschechoslowakischen Kirche; sie stellte eine Art reformierten Katholizismus dar und war, weil von Rom unabhängig, nicht mit dem Erbe der Erinnerungen an das verhaßte Haus Habsburg belastet. Ungefähr 150000 Gläubige traten zum Protestantismus über. Die restlichen 854000 Bürger bekannten sich zum Freidenkertum und bestanden mit Erfolg darauf, Kirche und Staat völlig voneinander zu trennen, wie es in Frankreich bereits zu Beginn des Jahrhunderts geschehen war.

Die neuen Grenzen und die Bewegung "Los von Rom" veränderten das Zahlenverhältnis der einzelnen Konfessionen in der neuen Republik beträchtlich. Auch das Wiedererstehen der orthodoxen Kirche in der Karpato-Ukraine trug dazu bei. Trotzdem blieb die römisch-katholische Kirche, vor allem wenn man sie als "unierte Kirche" betrachtete und ihr die Anhänger der griechisch-katholischen Kirche zuzählte, sowohl an Mitgliederanzahl als auch an Einfluß bei weitem die stärkste Kirche des Landes.

Noch immer war die überwiegende Mehrheit der Bürger der neuen Republik – 73,54 Prozent – katholisch, wenn auch viele von ihnen nur noch dem Namen nach Katholiken waren. Starke antikatholische Kräfte setzten ihren Kampf für die endgültige Trennung von Kirche und Staat und für die obligatorische Einführung der Zivilehe fort. Sie bedienten sich dabei all

der Losungen, die an sich die Kennzeichen eines Kulturkampfes sind. Infolge der weitgehenden Toleranz der neuen Republik kam es jedoch nicht zu antikirchlichen Maßnahmen des Staates. Die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem Staat entwickelten sich harmonisch. Die politischen Waffen des Antikatholizismus und des Atheismus, deren sich zahlreiche Tschechoslowaken während der österreichischen Herrschaft im Kampf gegen das katholische Haus Habsburg und gegen den Vatikan bedient hatten, verloren nach der Befreiung vom Joch der Habsburger ihre politische Bedeutung.

Der Staat verhielt sich in religiösen Angelegenheiten neutral. Seine Verfassung garantierte die Freiheit des Gewissens und des religiösen Bekenntnisses. Alle religiösen Bekenntnisse waren vor dem Gesetz gleich, keines konnte für sich das Recht in Anspruch nehmen, Staatsreligion zu sein. Jede Kirche wurde nach einem bestimmten gesetzlichen Modus vom Staat anerkannt und erhielt daraufhin staatliche Zuschüsse. Der Staat gab damit die Garantie, sich nicht in religiöse Angelegenheiten einzumischen, und war daher berechtigt, als Gegenleistung von den Kirchen die Garantie zu fordern, sich nicht in Angelegenheiten einzumischen, die in die Zuständigkeit des Staates fielen.

Der Heilige Stuhl nahm das Fait accompli des neuen Staates zur Kenntnis und tauschte bereits 1918 mit ihm diplomatische Vertreter aus. Zwischen Staat und Kirche gab es also keine Streitobjekte, wenn man von der Bodenreform absieht, die auch den Großgrundbesitz katholischer Würdenträger und religiöser Orden betraf. Aber diese Angelegenheit wurde auf der Basis eines Quid pro quo geregelt.

Der Vatikan hoffte, daß dem Katholizismus durch die Freiheiten, die der Staat ihm gewährte, große politische und soziale Früchte in den Schoß fallen würden. Der Staat war so großzügig, gewisse Vorrechte, die die Kirche auf religiösem Gebiet verlangte, zu gewähren. Als Gegenleistung befahl der Vatikan allen Elementen im Bereich der Kirche, die daran arbeiteten, die österreichisch-ungarische Monarchie wiederzuerrichten oder die Republik zu unterminieren, ihre Tätigkeit einzustellen. So entwickelte sich ein Verhältnis wechselseitigen Verstehens zwischen dem Vatikan und der Republik.

Der Vatikan hatte zu jener Zeit guten Grund für ein solches Verhalten. Erstens waren die massenhaften Kirchenaustritte, die wir bereits erwähnten, für ihn ein alarmierendes Zeichen. Zweitens war die kirchenfeindliche Stimmung in breiten Schichten der Bevölkerung noch im Wachsen begriffen. Drittens wiegte sich der Vatikan in der Hoffnung, daß die Kirche mit Hilfe der ihr gewährten Freiheiten ihre frühere Stellung im Staat wiedererlangen könne. Das war einer der Gründe dafür, daß die vatikanische Diplomatie alles daransetzte, die Bande zwischen den östlichen und westlichen Slawen,

ungeachtet der religiösen Dispute in der Karpato-Ukraine, zu festigen. Dieser *Modus vivendi* zwischen dem Vatikan und der jungen Republik verhieß eine lange Periode des Friedens zwischen beiden Mächten.

Die Kirche hatte in der jungen Republik bereits mancherlei Vorteile errungen. Die Trennung von Kirche und Staat hatte ihr nicht weh getan. Die kirchliche Trauung stand in der gesamten Tschechoslowakei nach wie vor gleichberechtigt neben der standesamtlichen Trauung. In den Volks- und Mittelschulen wurde offiziell Religionsunterricht erteilt. Die Theologen hatten eigene Fakultäten an den Universitäten, und kirchliche Seminare wurden mit öffentlichen Geldern unterhalten.

In gewissem Sinn war die junge Republik sogar duldsamer und weitherziger als das erzkatholische österreich-ungarische Regime. Zum Beispiel war die Frage des Einkommens der Geistlichkeit unter den Habsburgern dauernd eine Streitfrage zwischen Kirche und Staat gewesen. Die Republik löste dieses Problem auf gesetzlichem Weg: Die Geistlichen erhielten Gehalt und Alterspension vom Staat. Davon hätte im alten Österreich-Ungarn keiner von ihnen auch nur zu träumen gewagt. Auch die staatliche Gesundheitsversicherung stand den Geistlichen offen. Außerdem richtete der Staat sein besonderes Augenmerk auf die Pflege kirchlicher Kunstwerke.

Im Jahre 1920 wurde die Tausendjahrfeier des heiligen Wenzel mit großem Pomp begangen. Bei den religiösen Zeremonien waren nicht nur die Kirchenführer, sondern auch die höchsten Vertreter der Republik anwesend. Bis Ende 1927 hatte man sich über die meisten Fragen geeinigt. Der Vatikan erklärte sich mit der Regelung einverstanden, daß die kirchlichen Feiertage ebenso behandelt wurden wie die nationalen. Zu den kirchlichen Feiertagen gehörten unter anderen das Fest des heiligen Kyrill und des heiligen Methodios, der Schutzheiligen der tschechoslowakischen Nation, und das Fest des heiligen Wenzel. Gleichberechtigt neben diesen Feiertagen stand der nationale Gedenktag für Jan Hus. Dieser Gedenktag hatte zwei Jahre zuvor, worauf wir noch zu sprechen kommen, zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Prag und dem Vatikan geführt. Am 17. Dezember 1927 wurde der Modus vivendi unterschrieben. Mit Beginn des Jahres 1928 wurden nach fast anderthalbjähriger Unterbrechung die diplomatischen Beziehungen in vollem Umfang wiederaufgenommen.

Die Ratifizierung des Modus vivendi wurde mit vollem Recht als ein Ereignis von großer politischer Bedeutung gewertet. Alle Probleme, die bisher immer wieder das Verhältnis getrübt hatten, waren gelöst, die Beziehungen zwischen der Republik und dem Vatikan schienen auf sicheren Grundlagen zu ruhen. 1935 tagte in Prag ein Eucharistischer Kongreß. Kardinal Verdier, der französische Erzbischof von Paris, nahm als Vertreter des Papstes an dem Kongreß teil. Im November 1935 wurde Erzbischof

Kaspar von Prag zum Kardinal ernannt. Das war die erste Ernennung dieser Art seit Bestehen der Republik.

Die guten Beziehungen zwischen Kirche und Staat reichten bis in das Jahr 1918 zurück. Eduard Benesch, der langjährige Außenminister der Tschechoslowakei, erkannte sehr bald nach der Gründung der Republik die Bedeutung des Katholizismus sowohl für das Gefüge des jungen Staatswesens als auch in internationalem Maßstab. Er bemühte sich daher, engere Beziehungen mit dem Vatikan herzustellen. Die normalen diplomatischen Beziehungen waren bereits unmittelbar nach der Proklamierung der Tschechoslowakischen Republik aufgenommen worden. Nun wurde beim Vatikan eine tschechoslowakische Legation eingerichtet und in Prag ein päpstlicher Nuntius akkreditiert.

Bald darauf (1921) trat Benesch in Verhandlungen über eine Reihe politisch-kirchlicher Fragen ein. Von vatikanischer Seite nahmen Kardinalstaatssekretär Gasparri und Kardinal Ceretti teil. Die Verhandlungen wurden 1925 anläßlich eines Besuches von Dr. Benesch in Rom fortgesetzt. Sie entwickelten sich vielversprechend, fanden aber 1925 infolge des bereits erwähnten Abbruchs der diplomatischen Beziehungen durch den Vatikan ein vorläufiges Ende.

Wir zeigten bereits an einigen Beispielen, wie liberal sich die tschechoslowakische Regierung zu den Forderungen der Kirche verhielt, sofern diese Forderungen nicht den Prinzipien der Republik widersprachen. Jede andere Kirche, jede andere Konfession hätte ein solch duldsames und konziliantes Verhalten eines Säkularstaates freudig begrüßt und alle Anstrengungen unternommen, diese guten Beziehungen zum Staat weiterzuentwickeln; nicht so die katholische Kirche. Sie erhob eine Forderung nach der anderen und legte dabei eine Borniertheit an den Tag, wie sie auch zur Zeit der mittelalterlichen Päpste nicht schlimmer hätte sein können. Typisch in dieser Hinsicht war das Verhalten der katholischen Kirche im Jahre 1925 anläßlich der Feiern zu Ehren des tschechischen Nationalhelden Jan Hus. Die Kirche hatte 510 Jahre zuvor Jan Hus als Häretiker, als Verbreiter von Glaubensirrtümern und als Feind des Katholizismus verdammt und verbrannt. Das war für den Vatikan Anlaß, von der tschechoslowakischen Regierung die Absage der Feiern zu verlangen. Man dürfe der Kirche und den tschechischen Katholiken nicht durch die Glorifizierung eines Häretikers, der es gewagt habe, den Befehlen des Vatikans zu trotzen, Argernis bereiten, hieß es in einer Verlautbarung des Vatikans.

Die Antwort der tschechoslowakischen Regierung fiel aus, wie sie ausfallen mußte: Die Feiern würden notfalls auch ohne die Zustimmung des Vatikans stattfinden. Der Vatikan befahl darauf den tschechischen, vor allem aber den slowakischen Katholiken, gegen die Abhaltung der Feierlichkeiten

Stellung zu nehmen. Die katholische Presse und die katholische Hierarchie kamen diesem Befehl nach und schrieben und predigten gegen die Regierung und gegen Jan Hus, so daß die Angelegenheit eine prinzipielle politische Frage wurde. Der Vatikan erkannte jedoch bald, daß alle seine Anstrengungen, die Feiern zu unterbinden, erfolglos waren, und wies daher den päpstlichen Nuntius in Prag an, offiziell "gegen das Ärgernis, das man der katholischen Kirche durch die Ehrung eines Häretikers widerfahren" ließe, zu protestieren und nach der Überreichung des Protestschreibens Prag zu verlassen. Der Nuntius kam diesem päpstlichen Befehl am 6. Juli nach. Damit hatte der Vatikan die diplomatischen Beziehungen zu einem Staat abgebrochen, der, wie kaum ein anderer, jahrelang weitgehende Duldsamkeit gegenüber der katholischen Kirche bewiesen hatte.

Um dieses Verhalten des Vatikans richtig zu beurteilen, muß man in Betracht ziehen, daß die Tschechoslowakische Republik, auch während sich diese Dinge ereigneten, einer Forderung des Vatikans nach der anderen großzügig nachkam, obwohl keine sieben Jahre vergangen waren, seit sich das tschechische Volk von dem jahrhundertelang getragenen Doppeljoch des verhaßten Hauses Habsburg und der katholischen Kirche befreit hatte. Und die Tschechoslowakische Republik bemühte sich, auch nach den Husfeiern, wieder ein freundschaftliches Verhältnis zum Vatikan herzustellen; es gelang ihr auch, anderthalb Jahre später, wie bereits erwähnt, die diplomatischen Beziehungen wiederaufzunehmen. Die junge Republik verfolgte also eine Politik der Freundschaft mit der katholischen Kirche und gewährte ihr volle Freiheit.

Im Mittelalter, und vor nicht langer Zeit noch in Hitlerdeutschland, hatte die Kirche häufig berechtigten Anlaß, sich über die Behandlung, die ihr widerfuhr, zu beschweren. Solche Anlässe gab es für sie in der Tschechoslowakei nicht. Dafür produzierte die katholische Kirche, getreu ihren Prinzipien, Beschwerden anderer Art, Beschwerden rein sozialen und politischen Charakters. Sehen wir uns einige der Beschwerden, die ein gewisses Gewicht hatten, etwas näher an. So behauptete die Kirche einmal, daß die Bevölkerung der Slowakei, obwohl vorwiegend katholisch, nicht die Freiheiten genieße, auf die sie als katholische Bevölkerung Anspruch habe; Prag zwinge die slowakische Bevölkerung unter ein "hussitisches" Joch. Weiter beschuldigte die Kirche die Prager Regierung, daß die von ihr vertretenen Prinzipien der religiösen und politischen Freiheit die Ausbreitung des "Bolschewismus" begünstigten und daß sie zu enge Beziehungen zu dem "atheistischen und bolschewistischen Rußland" unterhalte.

Der Vatikan bemühte sich jahrelang auf diplomatischem Wege oder auf dem Wege über die katholischen Organisationen und die Hierarchie im Lande, die Republik den "Wünschen der Kirche" gefügig zu machen. Aber die Republik duldete, da sie sich nicht in kirchliche Angelegenheiten

einmischte, auch keine Bevormundung durch die Kirche und ließ sich in ihrer Politik von dem Grundsatz leiten, alles zu tun, was dem Wohl des eigenen Landes dient. Sie behandelte die ultrakatholischen Slowaken ebenso wie alle anderen Bürger der Republik und gewährte der katholischen Kirche die gleiche politische Freiheit wie den Kommunisten. Und sie pflegte die Freundschaft mit der Sowjetunion, weil diese Freundschaft für sie eine Sicherung gegen die Feinde der Republik, namentlich gegen Deutschland, bedeutete.

Das Freundschaftsbündnis mit der Sowjetunion war eine der wichtigsten Grundlagen der tschechoslowakischen Außenpolitik. Die Gründe dafür waren einleuchtend. Man brauchte sich nur die geographische Lage der Tschechoslowakei zu Deutschland anzusehen und an die Expansionsabsichten zu denken, die Hitler bereits 1924 in seinem Buch Mein Kampf geäußert hatte, um zu verstehen, weshalb die Tschechen Rußlands Freundschaft wünschten. Trotzdem führten katholische Kreise in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern immer wieder Klage über dieses Bündnis und versuchten die tschechoslowakische Regierung als "Agentur des Bolschewismus in Europa" zu diskriminieren.

Nach Ansicht des Vatikans und vieler Katholiken waren die demokratischen Grundsätze der Republik und ihre Freundschaft mit der Sowjetunion schuld, daß die Sozialisten und die Kommunisten in der Tschechoslowakei so stark anwuchsen und eine "Gefahr" wurden. Bei den letzten Wahlen errangen die Sozialisten und die Kommunisten zusammen mehr als 1700 000 Stimmen. Es kam so weit, daß reaktionäre Elemente in der Slowakei die Lostrennung ihres Landes von der Republik forderten. Sie taten dies unter dem Vorwand, die Slowakei sei völlig katholisch und ihre Bevölkerung wünsche einen Staat, in dem die katholische Religion vorherrschend sei. Das sei jedoch unter der Regierung der "hussitischen Häretiker" – wie sie die liberalen Tschechen bezeichneten – nicht der Fall.

Der Vatikan übte, obwohl er nach wie vor behauptete, daß er sich niemals in die Politik einmische, wie in anderen Ländern so auch in der Tschechoslowakei immer wieder heftigen politischen Druck auf die Regierung aus. Als er aber die Zwecklosigkeit seiner Bemühungen, die Haltung der Regierung zur Sowjetunion und zu den Kommunisten und Sozialisten zu ändern, einsah, begann er die Republik zu erpressen. Er ließ die tschechoslowakische Regierung wissen, daß die Kirche, falls die Regierung nicht unverzüglich ihre Innen- und Außenpolitik entsprechend den Wünschen der Kirche ändere, die Waffe einsetzen werde, mit der sie die Regierung am empfindlichsten treffen könne – die separatistische Bewegung der slowakischen Katholiken. Und der Vatikan machte seine Drohung wahr und päppelte jahrelang die slowakische Separatistenbewegung hoch. Wie bewußt dieses Erpressungsinstrument von der Kirche benutzt wurde, kann man daran

erkennen, daß sie die Dosierung ihrer Unterstützung für die Separatisten abhängig machte von der Willfährigkeit der Regierung gegenüber den Wünschen und Forderungen der Kirche. Wenn auch ethnische, politische und wirtschaftliche Faktoren bei der separatistischen Agitation in der Slowakei eine Rolle spielten, so war doch die religiöse Seite der Bewegung ausschlaggebend. Nicht zufällig stand die Bewegung unter der Führung fanatischer Katholiken. Ihr Leiter war ein katholischer Priester.

Dieser regulierte Druck, dem die Prager Regierung jahrelang ausgesetzt wurde, hatte jedoch nur eine schwache Wirkung. Aber die Dinge spitzten sich zu. Zum ersten Skandal kam es, als sich der päpstliche Nuntius so eklatant in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei einmischte, daß sich die Regierung genötigt sah, öffentlich Einspruch zu erheben. Der Nuntius hatte es gewagt, einen Brief zu veröffentlichen, in dem er die Ansprüche gewisser katholischer Kreise in der Slowakei unterstützte und guthieß. Seine Ausweisung aus der Tschechoslowakei war nicht länger zu umgehen. Der Vatikan protestierte und übte mit Hilfe der katholischen Gläubigen einen Druck auf die Regierung aus. Überdies spannte er die französische Hierarchie und selbst gewisse französische Politiker in seine Intrigen gegen die tschechoslowakische Regierung ein. Dies geschah in den Jahren 1934 und 1935, in einer Zeit also - wir werden im Kapitel über Frankreich darauf zurückkommen -, als in Frankreich starke katholische Kräfte am Werke waren, in Mitteleuropa ein weiteres autoritäres Regime auf katholischer und antibolschewistischer Grundlage zu errichten.

Die damalige französische Regierung arbeitete mit dem Vatikan und mit tschechischen katholischen Kreisen Hand in Hand, nahm öffentlich gegen die tschechoslowakische Regierung Stellung und half mit, in Prag eine riesige Demonstration zu organisieren. Der Primas von Frankreich, Kardinal Verdier, nahm mit prominenten polnischen und österreichischen Katholiken als päpstlicher Legat an der Demonstration teil. Diese vom Vatikan organisierte Demonstration war nicht nur eine offene Herausforderung, sondern auch eine Bedrohung der tschechoslowakischen Regierung.

Der Vatikan nahm von nun an unmittelbar Kurs auf die Zerstörung der "Hussitenrepublik" und bediente sich hierzu der Hilfe Hitlers, polnischer und österreichischer Katholiken und französischer Reaktionäre. Bevor wir aber die Geschehnisse weiter beschreiben, die zur Zerstörung der Republik führten, wollen wir uns die Elemente innerhalb des Landes etwas näher ansehen, die hierzu beitrugen.

Eine der reaktionärsten Gruppierungen in der Tschechoslowakischen Republik war die Agrarpartei. Sie förderte die Herausbildung der Sudetendeutschen Partei und unterstützte sie auf mancherlei Art. Führer der Sudetendeutschen Partei war der Katholik Konrad Henlein. Seine Partei forderte, den Verteidigungspakt mit der Sowjetunion zu kündigen und einen Kompromiß mit dem Dritten Reich zu schließen.

Eine weitere wichtige Partei war die Tschechoslowakische Volkspartei, eine katholische Partei, die noch zur Zeit der österreichisch-ungarischen Herrschaft gegründet worden war. Sie hatte immer loyal zur Dynastie der katholischen Habsburger gestanden. Erst kurz vor der Revolution entschloß sie sich, Einfluß auf die nationale Bewegung zu nehmen, und appellierte, unterstützt von der Geistlichkeit, mit unterschiedlichem Erfolg an die katholischen Gefühle der Arbeiter.

Die wichtigste Partei der Slowakei war die Slowakische Volkspartei. Sie war ihrem Wesen nach ebenfalls eine katholische Partei. Ursprünglich hatte sie die Absicht, mit ihrer tschechischen Schwesterpartei zusammenzuarbeiten, verwandelte sich aber mit der Zeit immer mehr in eine slowakische nationalistische Partei. Ihr Führer war der Prälat Hlinka. Sie vereinte in sich alle antitschechischen Kräfte, die seit der Gründung der Republik in den verschiedenen Schichten der slowakischen Bevölkerung tätig waren, und war das Sprachrohr des Katholizismus und des Konservatismus in der Slowakei. Sie agitierte mit der Behauptung, die Slowakei habe innerhalb des tschechoslowakischen Staates nicht die volle Autonomie und Gleichberechtigung erhalten. Die slowakische Opposition wurde durch den versteckten Groll des katholischen Klerus gegen den Säkularstaat verstärkt. Dieser Groll richtete sich vor allem gegen den Aufbau eines weltlichen Erziehungswesens in der Slowakei. Der katholische Klerus sah in den verbesserten Bildungsmöglichkeiten für die Bevölkerung eine "sehr ernste Bedrohung" der privilegierten Stellung der katholischen Kirche. So entsprang der Wunsch nach Autonomie vor allem der Forderung, die vollständige Kontrolle über das Erziehungswesen wiederzuerlangen. Diese Haltung des slowakischen Klerus entsprach den Lehren der Kirche. Masaryks Lehrsatz: "Es gibt keine Demokratie ohne Erziehung", gefiel der Kirche gar nicht; denn sie forderte nicht nur für die Slowakei, sondern für die ganze Republik die alleinige Kontrolle über das Erziehungswesen.

Wir wiesen bereits darauf hin, daß das Erziehungswesen in der Tschechoslowakei weltlichen und nicht konfessionellen Charakter trug. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß die Regierung den Religionsunterricht in den Schulen aus öffentlichen Mitteln unterstützte, und zwar unabhängig von dem jeweiligen religiösen Bekenntnis, was von der katholischen Kirche scharf verurteilt wurde. Die tschechoslowakische Republik hatte auf dem Gebiet des Erziehungswesens große Fortschritte erzielt und nahm in dieser Hinsicht eine führende Stellung in Europa ein.

Um uns ein genaues Bild von der Lage der slowakischen Bevölkerung im tschechoslowakischen Staat zu machen, wollen wir uns einige Zahlen ansehen. Im Jahre 1918 gab es für 2 Millionen Slowaken 390 slowakische Lehrer und 276 slowakische Grundschulen. Damit endete das slowakische Volksbildungssystem. Die Situation in der Karpato-Ukraine war noch schlechter; dort gab es gar keine Schulen. Im Jahre 1930, also nur zwölf Jahre nach der Gründung der Republik, hatte die Slowakei 2652 Grundschulen, 39 Oberschulen, 13 Fachschulen und eine Universität. Der Staat und die örtlichen Verwaltungen errichteten durchschnittlich 100 neue Schulgebäude in jedem Jahr, und in den ersten vierzehn Jahren seit der Gründung der Republik wurden insgesamt 1381 neue Grundschulen gebaut. 2623 Schulen wurden vergrößert und modernisiert. In den vierzehn Jahren schuf die Republik 2 Universitäten, 9 technische Fachschulen und 45 Oberschulen. So sah die Bilanz des Volksbildungswesens der jungen Republik allein in der katholischen Slowakei aus.

Die Losung der Separatisten: "Die Slowakei den Slowaken" hatte ihren Ursprung unter anderem in antisemitischen Stimmungen und in dem Widerstand gegen die Rassengleichberechtigung in der Tschechoslowakischen Republik. Die katholische Partei weigerte sich mehrere Male, in die Regierung einzutreten. Außer ihr gab es in der Slowakei die "Nationale Union", zu der die "Nationale Front" und die "Nationale Liga" gehörten. Sie wurde 1935 gegründet und zeigte faschistische Tendenzen.

Das war die Bühne, auf der sich die Ereignisse abspielten, mit denen wir uns jetzt befassen wollen.

In dem Kapitel über Deutschland wurden bereits Hitlers Pläne bezüglich der Tschechoslowakei erwähnt, die er in der Zeit vor und nach dem Anschluß Österreichs mit dem Vatikan besprach. Zur Erledigung dieses neuen Opfers bediente sich Hitler, mit Billigung des Vatikans, wieder katholischer Werkzeuge. Zweifellos arbeitete Hitler nicht mit dem Vatikan zusammen, um die Sache der Religion zu fördern, und der Vatikan nicht mit Hitler, um jene Abart des Totalitarismus, die im neuen Deutschen Reich an der Macht war, zu unterstützen. Jeder hatte nur die eigenen Ziele im Auge.

Wir haben bereits davon gesprochen, daß der Vatikan nach der Ausweisung des päpstlichen Nuntius Kurs auf die Zerstörung der Tschechoslowakischen Republik genommen hatte. Er erreichte dieses Ziel, indem er die Republik durch einen Teil der katholischen Bevölkerung von innen her erpreßte und sie gleichzeitig für ein politisches Tauschgeschäft mit Hitler benutzte.

Die katholischen Slowaken, angeführt von dem katholischen Geistlichen Hlinka, setzten ihre antitschechische Agitation auch dann fort, als die Republik bereits unmittelbar von Nazideutschland bedroht wurde. Hitler hatte es beim ersten Akt seines Raubzugs gegen die Republik nicht nötig, sich der slowakischen Separatisten zu bedienen. Er brauchte lediglich einen Vorwand

zur Rechtfertigung seiner Invasion und behauptete deshalb, die Sudetendeutschen schützen zu müssen. Ein aktionsbereites Werkzeug hierzu bot sich ihm in Gestalt der Sudetendeutschen Partei unter der Führung des Katholiken Henlein.

Man mußte schon mit politischer Blindheit geschlagen sein, wenn man die Lektion übersah, die Hitler wenige Monate zuvor den katholischen Österreichern erteilt hatte. Trotzdem schlossen sich zahlreiche Katholiken Henlein an und unterstützten dadurch Hitlers Pläne. Wohl machten viele von ihnen gewisse Vorbehalte, aber ihr Widerstand beruhte nicht auf politischen Überlegungen, sondern auf der Befürchtung, Hitler könne der katholischen Religion in ihrem Lande die gleiche Behandlung zuteil werden lassen wie in Österreich. Hitler gab daher, als er von diesen Befürchtungen Kenntnis erhielt, Henlein das Wort, daß er alle Rechte und Privilegien der katholischen Gläubigen des Sudetengebietes achten werde.

Um die Katholiken des Sudetengebietes und vor allem die Westmächte erfolgreicher zu täuschen, veröffentlichte Mussolini auf Hitlers Veranlassung einen offenen Brief, in dem er erklärte, eine private Unterredung mit Hitler habe ihn davon überzeugt, daß Deutschland lediglich die von Deutschen bewohnten Gebiete von der Tschechoslowakei abtrennen wolle. Henlein und seine Anhänger verstärkten ihre Aktivität und erhielten mittelbare und unmittelbare Unterstützung von den slowakischen Katholiken.

München kam mit all seinen internationalen Verwicklungen und unheilschwangeren Vorzeichen. Es kann nicht Aufgabe dieser Schrift sein, sich im einzelnen damit zu befassen, wie die westlichen Demokratien vor Nazideutschland kapitulierten. Wir möchten uns hier, dem Charakter des Buches entsprechend, nur damit beschäftigen, welchen zwar indirekten, aber nicht zu übersehenden Einfluß der Vatikan auf dieses verhängnisvolle internationale Geschehen genommen hat.

Einmal muß hier festgestellt werden, daß die katholische Kirche der Slowakei durch die Schürung der antitschechischen Stimmung in einer Zeit, als der Zusammenschluß aller Kräfte zur Festigung der staatlichen Einheit von größter Wichtigkeit gewesen wäre, wesentlich zur Auflösung der Republik beitrug. Zum andern verdient festgehalten zu werden, daß sich Hitler bei seinem ersten Eingriff in den Körper der Tschechoslowakei (Abtrennung der Sudetengebiete) eines Herrn Henlein* bediente, der ebenso wie die meisten seiner Parteigänger und Mitläufer streng katholisch war.

Drittens darf nicht übersehen werden, daß die von katholischen Kräften beherrschte Großmacht, die der Tschechoslowakischen Republik noch kurz

^{*} Henlein stand bereits seit 1933 in Hitlers Sold (Erklärung des britischen Generalstaatsanwaltes beim Internationalen Militärtribunal in Nürnberg am 3. Dezember 1945).

zuvor versichert hatte, daß sie ihrer vertraglichen Beistandspflicht nachkommen werde, ihr Wort nicht hielt. Frankreich überließ die Tschechoslowakei ihrem Schicksal.

Dieser dritte Punkt führt uns unmittelbar in eines der umstrittensten Kapitel der damaligen internationalen Politik, auf das wir jedoch hier nicht näher eingehen können. Um in unserer Frage klarzusehen, brauchen wir uns nur zu erinnern, daß in Frankreich bereits zu jener Zeit starke faschistische Gruppen hinter den Kulissen tätig waren, in denen fanatische Katholiken aus den Kreisen der Industriebarone, Bankherren, Gutsbesitzer, Militärs und der Beamtenschaft den Ton angaben. Sie alle vereinigte die gleiche verhängnisvolle Furcht vor der Sowjetunion und vor dem Kommunismus, von der auch die katholische Kirche besessen war und ist. Ihr Bündnis mit dem Vatikan diente also eindeutig antisowjetischen Zielen. (Siehe Kapitel XVI, Frankreich und der Vatikan)

Die Tschechoslowakei war damals ein mitteleuropäisches Gibraltar, eine Festung, die dem Vormarsch Nazideutschlands gegen das Land des Kommunismus im Wege stand. Genau das sahen auch die katholische Kirche und die reaktionären Kräfte Frankreichs in ihr und wünschten sie deshalb zu liquidieren.

Während Frankreich also seinen Freund und Beistandsvertragspartner im Stich ließ, erklärte die Sowjetunion unmißverständlich, daß sie bereit sei, zu kämpfen, wenn Frankreich zu seinem Wort stehe. Wir werden im Kapitel Frankreich näher darauf eingehen, welche Kräfte damals in Frankreich in Übereinstimmung mit dem Vatikan am Werk waren. Hier genügt die Feststellung, daß Hitler sein Ziel erreichte, sogar trotz gegenteiliger Voraussagen seiner Generale, namentlich des Generalstabschefs, Generaloberst Beck.

Hitler wagte aber nicht, das gesamte Territorium der Tschechoslowakei auf einmal zu besetzen. Ihm schien es ratsam, schrittweise vorzugehen. Der erste und wichtigste Schritt, die Abtrennung der Sudetengebiete, war getan. Das nächste Ziel war, die gesamte Tschechoslowakei zu besetzen, ohne es darüber zu einem Krieg kommen zu lassen, auf den er noch nicht genügend vorbereitet war. Die Republik mußte daher weiter von innen zersetzt werden. Wer wäre dazu besser geeignet gewesen als die katholische Slowakei? Die Kirche zögerte keinen Augenblick, Hitler dabei weitgehend zu unterstützen.

Solange Pater Hlinka die katholische Partei in der Slowakei führte, hielt er verschiedentlich seine Anhänger und sogar den Vatikan davon ab, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Er strebte lediglich eine Autonomie für die Slowakei an und keine Lostrennung. Als der päpstliche Nuntius ihm einmal zu verstehen gab, daß ein unabhängiger slowakischer Staat im Interesse der Kirche liege und die Slowaken deshalb ihre Lostrennung betreiben sollten,

war Pater Hlinka ehrlich genug, dieses Ansinnen zurückzuweisen. Er erklärte, daß er eine solche Lösung nicht für vorteilhaft und nutzbringend halte, und machte den Nuntius aufmerksam, daß er der Republik einen Treueid geschworen habe.

Pater Hlinka starb 1938. Noch kurz zuvor hatte er seine Anhänger ermahnt, sich mit der Forderung nach Autonomie zu begnügen und die Republik nicht durch die Forderung nach völliger Lostrennung zu gefährden. Sein Nachfolger wurde Tiso, ebenfalls ein Priester, einer der fanatischsten Anhänger Hlinkas. Tiso stammte aus einer Bauernfamilie und war in Ungarn erzogen worden. Während der Verhandlungen mit dem Vatikan, bei denen Hlinka vom Vatikan und von den extremsten slowakischen Nationalisten unter Druck gesetzt wurde, erwies sich Tiso als gelehriger Schüler des päpstlichen Nuntius und trat für die Vorschläge des Vatikans ein. Der Vatikan wußte diesen Dienst zu schätzen und verlieh ihm kurz darauf den Titel Monsignore.

Eine der ersten Amtshandlungen Tisos als Ministerpräsident der Slowakei war, daß er die volle Unabhängigkeit des Landes forderte. Er tat dies in Übereinstimmung mit Hitler und mit dem Vatikan, die beide genau wußten, in welcher Richtung die Dinge sich entwickelten. Der Präsident der Republik, dem Tiso kurz zuvor den Treueid geleistet hatte, enthob ihn seines Amtes.

Was tat Tiso? Er begab sich unverzüglich nach Deutschland, in das Land seines Freundes und Helfers Hitler, und zwar mit einem Flugzeug, das ihm der österreichische Katholik Seyß-Inquart auf Hitlers Befehl zur Verfügung stellte. Seyß-Inquart war bereits bei der Ausarbeitung der Verschwörerpläne als Mittelsmann zwischen Tiso und Hitler tätig gewesen.

In Berlin wurde Tiso mit großem Gepränge empfangen. Er verhandelte mit Hitler und Ribbentrop und unterhielt gleichzeitig sehr enge Verbindung zu dem Vertreter des Vatikans. Gerade zu dieser Zeit bestieg jener päpstliche Staatssekretär, der solange am Schalthebel der vatikanischen Politik gesessen hatte, unter dem Namen Pius XII. den Heiligen Stuhl. Der neue Papst war in diesen Tagen vor dem Verrat an der Tschechoslowakischen Republik so beschäftigt, daß er, nach Angaben seiner Biographie, kaum Zeit für einige Tage Urlaub fand. Er stand zu Beginn seines Pontifikats in der Tat vor zwei schwierigen Problemen, die beide eine sehr sorgfältige Prüfung verlangten. Es handelte sich um Mussolinis Raubzug gegen Albanien und um Hitlers Raubzug gegen die Tschechoslowakei.

Es gibt nur wenige Unterlagen über die Weisungen, die Tiso von dem neuen Papst erhielt. Aber wir wissen, daß sowohl Tiso als auch Ribbentrop mit dem Vatikan nicht nur auf dem üblichen diplomatischen Wege, sondern auch über die faschistische Regierung in Italien verhandelten. Mehr als

einmal schaltete sich die italienische Regierung zugunsten Hitlers und Tisos beim Vatikan ein.

Wenige Tage nach Tisos Ankunft in Berlin veröffentlichte die Nazipresse Schreckensberichte über angebliche Untaten der tschechoslowakischen Regierung an der slowakischen Bevölkerung. Tiso teilte seinen katholischen Freunden in der Slowakei telephonisch mit, Hitler habe ihm versprochen, das Anliegen der katholischen Slowakei zu unterstützen, falls sie ihre Unabhängigkeit erklärte. Nun begann sich auch Ungarn einzumischen. Der ungarische Primas, der unmittelbar mit dem Vatikan in Verbindung stand und mit Tiso enge Beziehungen unterhielt, sah die Früchte seiner Tätigkeit reifen. Die ungarische Regierung, die Hitlers und der katholischen Kirche Haß gegen die "bolschewistische" tschechoslowakische Republik teilte, forderte von der Regierung die Abtretung der Karpato-Ukraine. Auch das katholische Polen schlug sich offen auf Hitlers Seite und forderte die Auflösung der "Hussitenrepublik".

Die Tragödie ging ihrem Ende zu. Hitler befahl den Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik zu sich. Dr. Hacha traf am 15. März 1939 um ein Uhr morgens in Berlin ein. Ihm wurde befohlen, seine Unterschrift unter ein Dokument zu setzen, das die Auflösung seines Landes verfügte. Im Falle seiner Weigerung würden siebenhundert Bombenflugzeuge innerhalb von vier Stunden Prag dem Erdboden gleichmachen.

Präsident Hacha unterschrieb. Das Schicksal der Republik war besiegelt. Die "Dämmerstunde der Freiheit in Mitteleuropa", wie es in den New York Times hieß, war angebrochen. Nazitruppen besetzten Prag und das ganze Land. Böhmen und Mähren wurden ein "Protektorat" der Nazis. Die katholische Slowakei erhielt als Lohn für ihre Dienste von Hitler den Status eines unabhängigen Landes. Die Tschechoslowakische Republik hatte aufgehört zu bestehen.

Der Vatikan hatte seinem hochstrebenden Bau eines christlich-katholischen, faschistischen Europas einen neuen Stein eingefügt. Eine Republik war verschwunden, die durch ihre liberale Innen- und Außenpolitik dem Vatikan ein Dorn im Auge gewesen war. An ihrer Stelle entstand auf einem Teil ihres Territoriums ein neuer katholischer Staat, der ganz nach den Grundsätzen der päpstlichen Enzyklika Quadragesimo Anno aufgebaut wurde.

Tiso begann die Slowakei entsprechend den totalitären, antidemokratischen, antisäkularen und antisozialistischen Prinzipien Mussolinis, Hitlers und der katholischen Kirche umzugestalten. Als erstes legte er Wert darauf, einen Wahlspruch für den neuen katholischen Staat zu finden. Am besten gefiel ihm die Losung: "Für Gott und Vaterland." Dann prägte er Münzen mit den Porträts der slawischen Heiligen Kyrill und Methodios, nahm diplomatische Beziehungen

mit dem Vatikan auf, erließ Gesetze gegen die Kommunisten, die Sozialisten, die Liberalen und andere politische Gruppierungen und unterdrückte deren Zeitungen und Organisationen. Meinungs-, Presse- und Redefreiheit wurden aufgehoben. Der Staat wurde entsprechend dem faschistischen Führerprinzip umgebaut, und die Jugend nach dem Vorbild der Hitlerjugend organisiert. Die Schulen gerieten unter die alleinige Kontrolle der katholischen Kirche. Selbst die nazistischen Sturmabteilungen wurden schablonenhaft übernommen und später in eine Legion katholischer Freiwilliger umgebildet, die an der Seite der Naziarmee gegen die Sowjetunion kämpfte.

Trotz der Beanspruchung durch die zahlreichen Amtsgeschäfte fasteten Tiso und die Mitglieder seiner Regierung in jeder Fastenzeit regelmäßig drei Tage lang und besuchten eifrig die Gottesdienste. Monsignore Tiso duldete nicht, daß seine Arbeit als Ministerpräsident ihn in der Erfüllung seiner priesterlichen Pflichten hemmte. Jede Woche ließ er, ähnlich wie Seipel, seine Amtsgeschäfte einen Tag ruhen, um in Banovce seinen Pflichten als Gemeindepfarrer nachzukommen.

Der sozialen Struktur des neuen Regimes lagen, wie die Päpste es gefordert hatten, die Prinzipien des Ständestaates zugrunde. Die Gewerkschaftsorganisationen wurden verboten, weil sie, wie Tiso sich ausdrückte, "unter den alles vergiftenden Einfluß des Liberalismus und Individualismus geraten waren; um diese Elemente der Zerstörung von ihrer destruktiven Tätigkeit abzuhalten, waren wir gezwungen, unser ganzes Land auf ständischer Grundlage zu erneuern, wie die katholische Kirche uns lehrt" (17. April 1943). "Die slowakischen Arbeiter können versichert sein, daß es keineswegs nötig ist, von einem sogenannten bolschewistischen Paradies zu träumen oder vom östlichen Ausland eine gerechtere soziale Ordnung zu erwarten. Die Lehren der Religion werden ihnen klarmachen, was unter einer gerechten sozialen Ordnung zu verstehen ist."

Ein weiterer wichtiger Teil des Ständesystems waren die Gesetze zum "Schutz der Familie", sie waren eine Kopie der faschistischen Gesetzgebung. Aufgabe der Familie sei es, der jüngeren Generation die ersten Lehren in Religion, Gehorsamsübung und Respekt zu erteilen. "Die Regierung ist entschlossen, ihre ganze Aufmerksamkeit der Vervollkommnung ihrer Sozialpolitik zuzuwenden. Die Familie als die Grundzelle eines gesunden nationalen und menschlichen Lebens wird den vollen Schutz des Staates genießen, wie es das allgemeine Wohlergehen und die katholische Religion fordern."

Nach dem Vorbild der Hitlerjugend schuf Tiso die Hlinkagarde und die Hlinkajugend. Außerdem übernahm er von den Nazis den Arbeitsdienst und die Struktur der Nazipartei für seine Slowakische Hlinka-Volkspartei Alle Organisationen waren nach dem "Führerprinzip" aufgebaut.

Tisos Regierungserklärungen wurden nach Hitlerschen Vorlagen abgefaßt. "Eiserne Disziplin, unbedingter Gehorsam, bewußte Pflichterfüllung, wirksame Zusammenarbeit zwischen Behörden und Volk", waren ständig wiederkehrende Forderungen in seinen Reden. Nur wer sich als eifriger Katholik betätigte, konnte mit einer Anstellung im Schulwesen und in der staatlichen Verwaltung rechnen. Wer sozialistischer oder kommunistischer Gesinnung verdächtig war, kam in Acht und Bann. Die Gefängnisse füllten sich mit politischen Häftlingen. Tiso gründete nach dem Vorbild der nazistischen Ordensburgen politische Schulen, in denen die Lehren des katholischen Totalitarismus vermittelt wurden. Außer seiner Partei waren alle anderen Parteien verboten.

"Der Kampf um unsere Existenz und um unsere politischen Rechte war der Grund für das Auftreten unserer Partei, die sich an ähnliche Bewegungen im faschistischen Italien und im nationalsozialistischen Deutschland anlehnte. Unter dem Zeichen des Faschismus erweckte Italien sein Volk zum Bewußtsein seiner Mission in der Welt und rettete es vor hoffnungsloser Lethargie und vor der Geißel des Bolschewismus." (Tiso am 30. Januar 1943)

Auch bezüglich der Judenverfolgung trat Tiso in die blutigen Fußtapfen der Nazis. Einigen Katholiken, die an der Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens zweifelten, erklärte er:

"Was die jüdische Frage anbelangt, so fragen manche, ob das, was wir tun, christlich und human sei. Ich frage so: Ist es christlich, wenn die Slowaken sich von ihren ewigen Feinden, den Juden, befreien wollen? Die Liebe zu unserem Nächsten ist Gottes Gebot. Seine Liebe macht es mir zur Pflicht, alles zu beseitigen, was meinem Nächsten Böses antun will." (Tiso am 28. August 1942)

Tiso hegte einen unversöhnlichen Haß gegen die Sowjetunion und unterließ keine Anstrengung, aus den Slowaken ebenfalls fanatische Bolschewistenhasser zu machen. Die katholische Geistlichkeit half ihm nach Kräften, eine slowakische Legion für die Ostfront aufzustellen.

"Die bolschewistischen Welteroberungspläne machen jedem Slowaken klar, daß er kämpfen muß, nicht nur, um selbst zu überleben, sondern ebenso, um die europäische Kultur und die christliche Zivilisation vor den Kräften der bolschewistischen Barbarei und Brutalität zu retten und zu schützen." (Tiso am 25. Mai 1944)

"Der apokalyptische Bolschewismus, freigesetzt vom Kapitalismus, bringt Tod und Zerstörung mit sich. Wir Slowaken sind Katholiken und haben immer für die Sache der Menschheit gefochten." (Tisos Weihnachtsbotschaft 1944)

Tiso besuchte seine Legionäre an der Ostfront und verlieh deutschen Generalen und Offizieren hohe Orden. Bei einer solchen Gelegenheit erklärte er: "Wir können nicht zweifeln, daß ein Sieg der Alliierten für unser Volk die Auslieferung an die bolschewistische Tyrannei bedeuten würde. Die Slowakei wird bis zum Endsieg an der Seite der Achsenmächte stehen." (27. September 1944)

Noch am 20. Oktober 1944 nannte Tiso Nazideutschland den Retter Europas: "Deutschland ist als Bannerträger der progressivsten sozialen Ideen allein fähig, den sozialen Ansprüchen aller Nationen gerecht zu werden."

Aber der Krieg verlief nicht so, wie Hitler und Tiso es gewünscht hatten. Die Sowjetarmee überschritt die Grenzen Deutschlands und der früheren Tschechoslowakischen Republik. Tiso rief alle katholischen Slowaken auf, den Kampf fortzusetzen.

Als Präsident Benesch 1944 nach Moskau fuhr, um den Freundschaftspakt mit der Sowjetunion zu unterzeichnen, schlugen Tiso und die katholischen Reaktionäre der Slowakei entsetzt die Hände über dem Kopf zusammen und jammerten über das "monströse Verbrechen" des "Hussiten Benesch", der die Slowakei an die "gottlosen Bolschewisten" verkauft habe. Die katholischen Bischöfe und die Geistlichkeit des "Protektorats Böhmen und Mähren" schlossen sich Tiso an. Sie predigten gegen Benesch und seine Exilregierung in London und verfaßten sogar einen Hirtenbrief, der die Handlungen der tschechoslowakischen Regierung in London verurteilte. Der Brief wurde jedoch nicht veröffentlicht, denn der Vatikan arbeitete zu dieser Zeit bereits mit den Alliierten zusammen, da er eingesehen hatte, daß die Niederlage Nazideutschlands unausbleiblich war. Es schien geboten, die Außerungen der Katholiken, die nahe der sowjetischen Grenze lebten, unter Kontrolle zu halten. Die Bischöfe bekamen Weisung, sich "nicht offiziell zu kompromittieren", und gaben daraufhin - auch nach der Unterzeichnung des tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaftspaktes - nur noch finstere Warnungen über die "Gefahren aus dem Osten" von sich.

Der neue katholische Ständestaat der Slowakei, auf den die katholische Kirche soviel Mühe verwandt hatte, brach mit der militärischen Niederlage der Nazis zusammen. Aber das Scheitern ihres Planes entbindet all die kirchlichen und politischen Institutionen und Personen, die sich an der Zerstörung der Tschechoslowakischen Republik mitschuldig gemacht haben, nicht von ihrer Verantwortung. Ihr Ehrgeiz, einen faschistischen totalitären Staat zu schaffen, beschleunigte den Ausbruch des zweiten Weltkrieges und machte die Slowakei zum Helfer und engen Partner des Nazismus, der die Menschheit in ein Meer von Blut trieb.

KAPITEL XIV Polen und der Vatikan

Religiosität und andere, durch jahrhundertelange Unterdrückung begründete Charaktermerkmale des polnischen Volkes – Bündnis der reaktionären Kreise Polens mit der katholischen Kirche – Todfeindschaft gegen die Sowjetunion – Erste Schläge des neuen polnischen Staates gegen Sowjetrußland – Die Annexionspolitik der polnischen Nationalisten gegen Sowjetrußland – Polens Innenpolitik – In Polen wird eine der ersten faschistischen Diktaturen Europas errichtet – Grundlage der polnischen Außenpolitik vor dem zweiten Weltkrieg: Feindschaft gegen die Sowjetunion – Oberst Becks späte Erkenntnisse.

Der Einmarsch der Hitlerwehrmacht in Polen am 1. September 1939, wenige Monate nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei, bedeutete den Beginn des zweiten Weltkriegs. Die Polen kämpften tapfer, aber hoffnungslos gegen die gut ausgerüsteten, größtenteils motorisierten Verbände der Naziwehrmacht. Sie verloren in kaum drei Wochen ihre Unabhängigkeit. Aber polnische Armeen, Luftwaffeneinheiten und Kriegsschiffe setzten an fast allen Fronten des zweiten Weltkriegs den Kampf gegen Nazideutschland fort.

Die polnische Nation, die klassische Märtyrernation Europas, hatte einen wenig beneidenswerten geschichtlichen Weg hinter sich. Hier sind wohl auch die wesentlichen Gründe dafür zu suchen, daß die Lage Polens bei Ausbruch des zweiten Weltkriegs längst nicht so einfach war, wie es auf den ersten Blick scheinen mochte. Nur wenn man den Hintergrund im Auge behält, vor dem sich Polens Innen- und Außenpolitik entwickelte, ist es möglich, wenn auch nur oberflächlich, die Ursachen für den polnischen Zusammenbruch zu verstehen.

Bevor wir uns aber mit diesem Hintergrund befassen, müssen wir feststellen, daß hier nicht der Ort ist, die sozialen, ethnischen, territorialen und politischen Triebkräfte zu analysieren, die vor allem in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen in Polen wirkten. Wir können lediglich die polnische Tragödie hinsichtlich der Probleme untersuchen, mit denen wir uns in diesem Buch befassen – der Probleme der katholischen Kirche. Diese Probleme hatten in Polen ein besonderes Gewicht, denn Polen war ein extrem katholisches Land.

Im nördlichen Teil Europas blieb jahrhundertelang nur ein Land dem Vatikan treu – das katholische Polen. Seit im Jahre 1574 sein französischer König nach Frankreich zurückkehrte, "die Kronjuwelen mit sich nehmend und die Jesuiten zurücklassend", wie Michelet sich treffend ausdrückte, war Polen ein Bollwerk des Katholizismus.

Schon oft wurde der berechtigte Vergleich angestellt, daß das katholische Polen der Vergangenheit das Irland Nordosteuropas gewesen sei. Es widerstand den brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der russischen Zaren und ihren Versuchen, die Liebe des polnischen Volkes zu seiner Nation und zu seiner Kirche auszurotten. Auf Grund des Verlustes seiner nationalen Unabhängigkeit und auf Grund zahlreicher anderer Tatsachen war Polen zu Beginn des ersten Weltkriegs auf allen Gebieten menschlicher Errungenschaften weit zurückgeblieben. Die katholische Kirche war trotz der unablässigen und grausamen Verfolgungen, denen sie ausgesetzt war, in der ganzen Zeit der Unterdrückung der vorherrschende Faktor im Leben des Landes. Die polnischen Arbeiter gehörten zu den niedrigst bezahlten Europas.

Ein weiteres Charaktermerkmal der Polen war ihre Frömmigkeit. Die Polen waren so intensiv religiös, daß ihre Frömmigkeit selbst in den Städten die der entlegensten Winkel Chiles und Perus übertraf (Revue des deux Mondes, Februar 1933). Dieses Merkmal des polnischen Volkes wäre nicht wert, erwähnt zu werden, wenn sich bis heute nichts daran geändert hätte. Wir beziehen uns nur darauf, um nachzuweisen, wie groß der Einfluß der katholischen Kirche in der Bevölkerung gewesen ist. Diese Frömmigkeit war ein Attribut des ganzen Volkes, auch seiner oberen Gesellschaftsschichten, die, als Polen seine politische Unabhängigkeit wiedererlangt hatte, nicht nur in religiösen, sondern auch in sozialen und politischen Fragen zu den ergebensten Dienern des Vatikans gehörten.

Dies hatte seine Ursache vor allem darin, daß die polnische Oberschicht aus den reaktionärsten Elementen des Volkes, vor allem aus Großgrundbesitzern, bestand. Die Interessen dieser reaktionären Schichten trafen sich mit denen der katholischen Kirche. Eine Maxime beherrschte ihre gesamte Politik: Glühender Haß gegen Rußland als benachbartes Land und fanatischer Haß gegen Rußland als Zentrum des Kommunismus. Darin stimmten die polnische Reaktion und die katholische Kirche völlig überein. Die Polen betrieben daher auf dieser doppelten Grundlage des Nationalismus und des Katholizismus eine Politik des unablässigen Boykotts der Sowjetunion. Obwohl Polen allen Anlaß gehabt hätte, das Wiederaufleben des deutschen Imperialismus zu fürchten, konzentrierte es, vom Nationalismus und Katholizismus mit Blindheit geschlagen, seinen ganzen Haß auf den östlichen Nachbarn.

Das katholische Polen und der Vatikan mußten, um eine gemeinsame Politik betreiben zu können, vorerst ihre Positionen im Lande stärken. In Polen gab es, wenn auch in kleinerem Maßstab, alle die Probleme, die durch den Vatikan und durch die katholische Kirche in ganz Europa zu lösen waren. Die Hauptziele der polnischen Innenpolitik waren: Erhaltung des

Status quo für die reichen Großgrundbesitzer und die Aristokratie, Polonisierung der nationalen Minderheiten und Bekehrung aller, die nicht der alleinseligmachenden Kirche angehörten. Die praktischen Ziele dieser Politik waren: die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern und ihn möglichst zu zerschmettern; ferner, die nationalen Minderheiten, vor allem die Ukrainer, zu unterdrücken und zu Polen zu machen, gleichzeitig die orthodoxe Religion auszurotten und durch den Katholizismus zu ersetzen.

Der Vatikan hatte sich noch weitere Ziele gesteckt. In der Kräftekombination, mit der er diese Ziele erreichen wollte, war dem katholischen
Polen eine bedeutende Rolle zugedacht. Der Vatikan beabsichtigte, das
atheistische Sowjetrußland zu vernichten. Als ersten Schritt auf diesem Weg
wollte er die orthodoxe Religion durch die katholische ersetzen, um dann mit
Hilfe einer ihm unterstehenden Hierarchie die Sowjetmacht zu unterminieren und zu stürzen. Wir werden noch sehen, wie der Vatikan – so absurd es
klingt – zeitweise sogar versuchte, die Hilfe der Sowjetregierung zur Zerstörung der orthodoxen Kirche in Anspruch zu nehmen.

Die gegen Sowjetrußland gerichteten Pläne des Vatikans wurden von den polnischen Nationalisten, die bereits unmittelbar nach der Wiedergeburt des polnischen Staates von einer territorialen Ausdehnung ihres Landes auf Kosten Sowjetrußlands träumten, auf das wärmste begrüßt. Verbündete zur Verwirklichung dieser Träume fanden sich rasch, denn an Hassern des Kommunismus fehlte es in der Welt nicht. Paderewski, der erste polnische Ministerpräsident und Außenminister, brauchte wenig Mühe, um die französische Regierung davon zu überzeugen, daß Polen als ein erbitterter Feind Sowjetrußlands gestärkt werden müsse, wenn es seine Rolle als "Bollwerk gegen den Kommunismus" mit Erfolg spielen solle. Mit dem Beistand der französischen Regierung wurde während der Versailler Friedenskonferenz beschlossen, große Gebiete Weißrußlands und der Ukraine von Sowjetrußland loszureißen und Polen anzugliedern. Die polnischen Nationalisten gaben sich jedoch damit nicht zufrieden. Sie träumten davon, ein "Großpolen" zu errichten und die Grenzen ihres Landes bis zum Schwarzen Meer auszudehnen. Der Vatikan sagte ihnen dafür seine Unterstützung zu.

Im Frühjahr 1919 rüsteten die polnischen Nationalisten, unter denen sich eine Reihe hoher katholischer Würdenträger hervortat, mit Hilfe der Alliierten eine starke Invasionsarmee aus und begannen ohne Kriegserklärung sowjetisches Gebiet zu besetzen. Sie nutzten dabei den Umstand aus, daß die Kräfte der Roten Armee zu dieser Zeit durch die Abwehr der Interventionen in anderen Gebieten des Riesenreiches gebunden waren. Im Juni 1920 begann die Rote Armee ihre Gegenoffensive und brachte innerhalb weniger Wochen die Großmachtpläne der polnischen Nationalisten zum

Scheitern. Trotz seiner militärischen Niederlage erhielt Polen im Friedensvertrag von Riga durch die Unterstützung der Alliierten große Teile Weißrußlands und der Ukraine zugesprochen.

Gerade Polen, das jahrhundertelang am eigenen Leib ausländische Unterdrückung zu spüren bekommen hatte, bediente sich, als es endlich frei geworden war, der undemokratischsten Methoden zur Befriedigung seiner nationalistischen und religiösen Sentiments. Die polnischen Nationalisten begannen mit Hilfe der katholischen Hierarchie die Bevölkerung der von ihnen annektierten sowjetischen Gebiete zu terrorisieren, um sie zur Aufgabe ihres orthodoxen Glaubens und ihrer Verbundenheit mit Sowjetrußland zu zwingen.

Natürlich war nicht allein Polen auf die Vernichtung des Kommunismus aus. Auch mächtige, von den sowjetischen Grenzen weit entfernte Kräfte im Westen hatten die Ausrottung der "Bolschewisten" mit Waffengewalt beschlossen.

Die westlichen Siegermächte rüsteten mehrere militärische Expeditionskorps aus, die den Weißgardisten helfen sollten, die Sowjetmacht zu zerschlagen. Die Polen aber stürzten sich am leidenschaftlichsten von allen in diesen antisowjetischen Kreuzzug. Nicht zufällig residierte zu dieser Zeit der große Feind des Kommunismus. Achille Ratti, der spätere Papst Pius XI., als diplomatischer Vertreter des Vatikans in Warschau.

Während das militärische Abenteuer Polen trotz westlicher Hilfe teuer zu stehen kam und die Rote Armee die polnischen Truppen unter Marschall Pilsudski bis vor die Tore Warschaus verfolgte, bemühte sich der Papst vergeblich, die Sowjetregierung für seine Pläne zu gewinnen. Als dann die Sowjetregierung 1925 dem Vertreter des Vatikans keine Genehmigung zur Einreise in ihr Land erteilte, ließ der Vatikan alle Hemmungen fallen und überschwemmte die Welt mit einer Propagandaflut über "sowjetische Grausamkeiten gegen die Religion". Diese Propaganda berief sich auf die Tatsache, daß eine Reihe katholischer Priester in der Sowjetunion verhaftet und erschossen worden war, verschwieg aber, daß diese Geistlichen nicht wegen ihrer religiösen Überzeugung, sondern allein deshalb verurteilt worden waren, weil sie als Agenten der polnischen Regierung gearbeitet hatten, die niemals aufhörte, Komplotte gegen ihren östlichen "atheistischen Nachbarn" zu schmieden. Diese religiöse Hetze gab dem Haß auf die Sowjetunion, der viele historische, nationale und ethnische Wurzeln hatte, in Polen neue Nahrung.

Nachdem die Pläne zur Zerstörung Sowjetrußlands gescheitert waren, begann das katholische Polen im eigenen Lande alle Kräfte auszurotten, die verdächtig waren, gleichen oder ähnlichen Ideen wie Sowjetrußland anzuhängen. Die Kirche und die herrschenden Schichten Polens verab-

scheuten jeden demokratischen Gedanken. Die polnischen Kommunisten wurden von der Regierung mit härtestem Terror verfolgt. Die katholische Reaktion organisierte Pogrome gegen nationale und religiöse Minderheiten.

Im Jahre 1923 versammelte sich vor der griechischen Kathedrale in Leopol eine große Menschenmenge, um gegen die Religionsverfolgungen zu protestieren. Sie wurde von polnischen Truppen mit Gewehrschüssen und Säbelhieben auseinandergetrieben. Sozialistische Abgeordnete im Sejm und im Senat erhoben, von dieser Gewalttat erschüttert, lauten Protest. Dieser Protest war ein Alarmsignal für die katholische Reaktion und für die katholische Kirche. Sie fürchteten, daß ihre Pläne durch die Kommunisten zum Scheitern gebracht würden. Daher suchten sie nach Mitteln und Wegen, eine solche Entwicklung zu verhindern. Im Mai 1926 löste Pilsudski, vom Vatikan und von der polnischen Hierarchie wärmstens unterstützt, durch einen Staatsstreich das Parlament auf und machte sich zum Diktator Polens. Er sperrte die Kommunisten ein und beseitigte alle noch vorhandenen Reste demokratischer Freiheiten. Das katholische Polen war also eines der ersten Länder Europas, in dem nach dem ersten Weltkrieg eine halbfaschistische Diktatur errichtet wurde.

Von diesem Zeitpunkt an begannen die großen Pläne der katholischen polnischen Nationalisten und Reaktionäre und der katholischen Kirche rasch Gestalt anzunehmen.

Wir erwähnten bereits, daß nach dem ersten Weltkrieg Rußland Gebiete an Polen abtreten mußte. In diesen Gebieten lebten etwa 7 bis 8 Millionen Weißrussen und Ukrainer, von denen fast die Hälfte der russisch-orthodoxen Kirche angehörte. Außerdem lebten in den Minderheitengebieten etwa 1 Million katholischer Polen, 1 Million Juden, 4 Millionen Griechisch-Unierte (die, obwohl sie griechische Riten anwenden, die Autorität des Papstes anerkennen) und etwa 4 Millionen antipäpstliche orthodoxe Katholiken.

Vor und und nach der Annexion dieser Gebiete hatten die Polen den Großmächten das feierliche Versprechen gegeben, die nationalen, sozialen, politischen und religiösen Rechte dieser Minderheiten zu respektieren. Aber die katholische Reaktion trieb von Anfang an ein rücksichtsloses Doppelspiel, das nur zu verstehen ist, wenn man ihren nationalen und religiösen Fanatismus kennt. Sie hatte nie eine andere Absicht gehabt als die, den Ukrainern ihre völkische Eigenständigkeit zu nehmen und ihre orthodoxe Kirche zu zerstören. Sie raubte den Ukrainern mit brutaler Gewalt eine Freiheit nach der anderen, unterdrückte ihre Schulen und ihre Sprache und versuchte, sie zur "einzig wahren und göttlichen Religion" zu bekehren. Der Vatikan wies die polnische Hierarchie und die polnische Regierung an, diese "Konversion"

weniger durch direkte Beeinflussung der Bauern als durch Verdrängung der orthodoxen Geistlichen herbeizuführen. In kurzer Zeit wurden daraufhin mehr als tausend orthodoxe Priester eingesperrt; allein in einem Gefängnis befanden sich unter 2000 politischen Gefangenen – überwiegend Demokraten und Kommunisten – 200 Geistliche. Die Gefängniswärter hatten Befehl, die Geistlichen besonders schlecht zu behandeln. Tausende Ukrainer wurden exekutiert. "Ganze Ortschaften wurden durch Massaker ausgerottet."*

Die katholische Kirche war mit den Maßnahmen einverstanden. Einer ihrer Bischöfe saß sogar in dem Gremium, das mit ihrer Durchführung beauftragt war. Im Jahre 1930 befanden sich etwa 200000 Ukrainer im Gefängnis. Die katholischen Reaktionäre wandten die furchtbarsten Foltermethoden an, Foltermethoden, die denen der Nazis in nichts nachstanden. Die zur Bestrafung der "ukrainischen Rebellen" ausgesandten militärischen "Strafexpeditionen" wurden von katholischen Priestern begleitet. Die polnischen Soldaten waren sehr fromm, gingen regelmäßig zur Messe und trugen Heiligenbilder bei sich. Das hinderte sie jedoch nicht, unter den Augen ihrer "Seelsorger" die entsetzlichsten Verbrechen, wie Folterungen, Plünderungen, Brandschatzungen, Kirchenschändungen und Massenerschießungen, zu begehen. "Die meisten orthodoxen Kirchen wurden von polnischen Soldaten geplündert und als Pferdeställe, ja sogar als Latrinen benutzt." (Atrocities in the Ukraine, Seite 25, herausgegeben von Emil Revyuk, 1931 in den USA erschienen.)

Diese Tatsachen sind vielleicht vielen Lesern neu und mögen bei manchen Zweifel wecken. Aber es gibt über sie zahlreiche unparteiische und dokumentarische Veröffentlichungen sowie Berichte bekannter Zeitungen. Ich denke vor allem an den Manchester Guardian, an die Chicago Daily News, an die New York Herald Tribune und an das von dem französischen katholischen Schriftsteller René Martel verfaßte Buch La France et la Pologne (1931), aus dem wir bereits zitierten.

Diese Verfolgungen dauerten länger als fünfzehn Jahre. Sie ließen erst nach, als die Aggressionsabsichten der Nazis Europa zu beunruhigen begannen.

Durch die polnische offizielle Sprachregelung wurden die Ukrainer als "Rebellen" bezeichnet, jedoch weniger, weil sie sich weigerten, ihre nationale Eigenständigkeit aufzugeben, als vielmehr, weil sie ihrem orthodoxen Glauben die Treue hielten. Die polnische Hierarchie und der Vatikan waren viel mehr auf die Konversion der Ukrainer versessen als die Nationalisten auf die Polonisierung.

^{*} Les Atrocités polonaises en Galicie Ukrainienne von V. Tennytski und J. Bouratch (British Museum). Die Schrift wurde als dokumentarisches Beweismaterial für die polnischen Verfolgungsmaßnahmen 1919 Clemenceau überreicht.

Die polnischen Bischöfe leiteten die Religionsverfolgungen. In ihrem Auftrag schufen polnische Laien und katholische Institutionen entsprechende Organisationen und sammelten Gelder, um die Verfolgung bis in die entlegensten Dörfer zu tragen. Dutzende vatikanische Visitatoren reisten durch Polen, um sich vom Fortschritt der Konversion zu überzeugen. Kirchliche Inspekteure pendelten ständig zwischen Rom und Warschau und übermittelten ausführliche Berichte und Statistiken über den Fortgang der Aktion. Der päpstliche Nuntius in Warschau, der eng mit der polnischen Hierarchie verbunden war und mit ihr Hand in Hand arbeitete, hielt außerdem Kontakt mit französischen katholischen Generalen, namentlich mit General Weygand, der von 1920 bis 1922 die polnische Armee für ihren Kampf gegen die Sowjetunion reorganisierte. Wir werden später, in dem Kapitel über Frankreich, auf diese Frage zurückkommen.

Während der Vatikan unablässig gegen das atheistische Rußland und den Kommunismus hetzte und die Welt mit Schreckensberichten über angebliche Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten der Kommunisten gegen christliche Gläubige überschwemmte, während er überall Haß gegen ein Regime zu wecken versuchte, das angeblich die Religion unterdrückte, spielten sich gleichzeitig anderthalb Jahrzehnte lang unter seiner unmittelbaren Anleitung in Polen die schlimmsten Religionsverfolgungen ab, die die neuere Geschichte kennt. Für jeden unparteiischen Beobachter war die polnische Außenpolitik in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ein ungewöhnlich delikates Problem. Die polnischen Politiker hätten gut getan, weniger delikat zu sein, sich von allen religiösen oder ideologischen Haßgefühlen frei zu machen und eine Außenpolitik zu betreiben, die vor allem den Interessen ihres Landes diente.

Als die Nazis durch den Aufbau ihrer ungeheuren Militärmacht alle Zweifel darüber verdrängten, welche Ziele sie verfolgten, wäre es für Polen höchste Zeit gewesen, sich mit der Sowjetunion zu verbünden. Die Sowjetunion war das einzige Land, das den Polen im Falle eines Angriffs unmittelbar hätte Hilfe leisten können. Aber Polen hielt hartnäckig und wie mit Blindheit geschlagen an seiner antisowjetischen Politik fest, schürte den Haß gegen die Sowjetunion und suchte Annäherung an die Nazis.

In den Anfangsjahren des Nazismus (1936) war Polen eines der wenigen Länder, die Frankreich aufforderten, gegen die militärische Besetzung des Rheinlandes durch Hitler einzuschreiten. Das war eine verständliche Reaktion, denn Polen hatte erst kurz zuvor seine staatliche Selbständigkeit errungen und fürchtete, daß Deutschland von neuem Ansprüche auf polnisches Territorium geltend machen würde. Aber schon wenige Monate später bestieg es selbst Hitlers Wagen, wurde im Inneren immer mehr faschistisch und trat in der internationalen Arena als ein ergebener

Verbündeter Nazideutschlands auf. Es half Hitler bei der Zerschlag Tschechoslowakei und war eines der ersten Länder, das einen Anteil gemeinsamen Beute verlangte.

Polen entwickelte sich zu einem Nazistaat im kleinen. Es beteiligte s den Hitlerschen Raubzügen, rasselte gern mit dem Säbel, gebrauch Hitlers Manier große Worte und wiederholte die Schlagworte der Nasprach von Lebensraum, den die Polen brauchten, vorerst in Europa in Afrika; es wollte Kolonien haben und sie sich nehmen, falls nihm verweigerte. Da Hitler in derselben Zeit die gleichen Worte gebibedeutete die Forderung Polens nichts anderes, als daß es sich, an Rockschößen hängend, eigene Kolonien verschaffen wollte. Man ließ du blicken, daß es in Rußland genug Lebensraum für die überzählige polnis Bevölkerung und genug Rohstoffe für die polnische Industrie gebe.

Polen hatte faktisch – der polnische Außenminister bestätigte es später – mit Nazideutschland ein Bündnis geschlossen (Oberst Beck, Januar 1940). Hatte es das aus eigenem Antrieb getan? Innenpolitisch lagen, wie wir bereits zeigten, ausreichende Berührungspunkte vor; außenpolitisch wurde das Bündnis von den westlichen Demokratien und vor allem vom Vatikan inspiriert, die alle in der Hoffnung lebten und danach strebten, Hitlers Aggressivität gegen die Sowjetunion zu lenken.

Über die Ereignisse, die dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges vorangingen, vor allem über das Verhältnis zwischen dem Vatikan, Hitler und Polen, wurde bereits gesprochen; ebenso über das Abkommen zwischen Pius XII. und Hitler hinsichtlich des zeitweiligen Charakters der Besetzung Polens, über den Plan, der sich dahinter verbarg, und über die Strategie des Vatikans, deren Ziel die Vernichtung der Sowjetunion war. Da wir in dem Kapitel über Frankreich noch einmal auf diese Frage stoßen werden, wollen wir uns hier begnügen, einem Mann das Wort zu erteilen, der besser als jeder andere wußte, welche Verantwortung der Vatikan für die polnische Tragödie trug. Oberst Beck leitete lange Jahre hindurch die polnische Außenpolitik und steuerte sie vor dem Ausbruch des zweiten Weltkriegs in das Kielwasser der Nazis. Nach dem Zusammenbruch Polens flüchtete er, desillusioniert und krank, ins Ausland. Seine Worte enthüllten die Rolle, die der Vatikan bei der Festlegung der polnischen Außenpolitik gespielt hatte:

"Einer der Hauptverantwortlichen für die Tragödie meines Landes ist der Vatikan. Zu spät erkannte ich, daß wir eine Außenpolitik betrieben hatten, die lediglich der egoistischen Zielsetzung der katholischen Kirche diente. Wir hätten nicht die Unterstützung
Hitlers, sondern die Freundschaft mit der Sowjetunion suchen sollen." (Auszug aus
einem Bericht des italienischen Botschafters in Bukarest im Februar 1940 an Mussolini.
Der Botschafter stellte ausdrücklich fest, daß er selbst mit Oberst Beck gesprochen habe.)

Die polnischen Bischöfe leiteten die Religionsverfolgungen. In ihrem Auftrag schufen polnische Laien und katholische Institutionen entsprechende Organisationen und sammelten Gelder, um die Verfolgung bis in die entlegensten Dörfer zu tragen. Dutzende vatikanische Visitatoren reisten durch Polen, um sich vom Fortschritt der Konversion zu überzeugen. Kirchliche Inspekteure pendelten ständig zwischen Rom und Warschau und übermittelten ausführliche Berichte und Statistiken über den Fortgang der Aktion. Der päpstliche Nuntius in Warschau, der eng mit der polnischen Hierarchie verbunden war und mit ihr Hand in Hand arbeitete, hielt außerdem Kontakt mit französischen katholischen Generalen, namentlich mit General Weygand, der von 1920 bis 1922 die polnische Armee für ihren Kampf gegen die Sowjetunion reorganisierte. Wir werden später, in dem Kapitel über Frankreich, auf diese Frage zurückkommen.

Während der Vatikan unablässig gegen das atheistische Rußland und den Kommunismus hetzte und die Welt mit Schreckensberichten über angebliche Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten der Kommunisten gegen christliche Gläubige überschwemmte, während er überall Haß gegen ein Regime zu wecken versuchte, das angeblich die Religion unterdrückte, spielten sich gleichzeitig anderthalb Jahrzehnte lang unter seiner unmittelbaren Anleitung in Polen die schlimmsten Religionsverfolgungen ab, die die neuere Geschichte kennt. Für jeden unparteiischen Beobachter war die polnische Außenpolitik in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ein ungewöhnlich delikates Problem. Die polnischen Politiker hätten gut getan, weniger delikat zu sein, sich von allen religiösen oder ideologischen Haßgefühlen frei zu machen und eine Außenpolitik zu betreiben, die vor allem den Interessen ihres Landes diente.

Als die Nazis durch den Aufbau ihrer ungeheuren Militärmacht alle Zweifel darüber verdrängten, welche Ziele sie verfolgten, wäre es für Polen höchste Zeit gewesen, sich mit der Sowjetunion zu verbünden. Die Sowjetunion war das einzige Land, das den Polen im Falle eines Angriffs unmittelbar hätte Hilfe leisten können. Aber Polen hielt hartnäckig und wie mit Blindheit geschlagen an seiner antisowjetischen Politik fest, schürte den Haß gegen die Sowjetunion und suchte Annäherung an die Nazis.

In den Anfangsjahren des Nazismus (1936) war Polen eines der wenigen Länder, die Frankreich aufforderten, gegen die militärische Besetzung des Rheinlandes durch Hitler einzuschreiten. Das war eine verständliche Reaktion, denn Polen hatte erst kurz zuvor seine staatliche Selbständigkeit errungen und fürchtete, daß Deutschland von neuem Ansprüche auf polnisches Territorium geltend machen würde. Aber schon wenige Monate später bestieg es selbst Hitlers Wagen, wurde im Inneren immer mehr faschistisch und trat in der internationalen Arena als ein ergebener

Verbündeter Nazideutschlands auf. Es half Hitler bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei und war eines der ersten Länder, das einen Anteil an der gemeinsamen Beute verlangte.

Polen entwickelte sich zu einem Nazistaat im kleinen. Es beteiligte sich an den Hitlerschen Raubzügen, rasselte gern mit dem Säbel, gebrauchte in Hitlers Manier große Worte und wiederholte die Schlagworte der Nazis. Es sprach von Lebensraum, den die Polen brauchten, vorerst in Europa, später in Afrika; es wollte Kolonien haben und sie sich nehmen, falls man sie ihm verweigerte. Da Hitler in derselben Zeit die gleichen Worte gebrauchte, bedeutete die Forderung Polens nichts anderes, als daß es sich, an Hitlers Rockschößen hängend, eigene Kolonien verschaffen wollte. Man ließ durchblicken, daß es in Rußland genug Lebensraum für die überzählige polnische Bevölkerung und genug Rohstoffe für die polnische Industrie gebe.

Polen hatte faktisch – der polnische Außenminister bestätigte es später – mit Nazideutschland ein Bündnis geschlossen (Oberst Beck, Januar 1940). Hatte es das aus eigenem Antrieb getan? Innenpolitisch lagen, wie wir bereits zeigten, ausreichende Berührungspunkte vor; außenpolitisch wurde das Bündnis von den westlichen Demokratien und vor allem vom Vatikan inspiriert, die alle in der Hoffnung lebten und danach strebten, Hitlers Aggressivität gegen die Sowjetunion zu lenken.

Über die Ereignisse, die dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges vorangingen, vor allem über das Verhältnis zwischen dem Vatikan, Hitler und Polen, wurde bereits gesprochen; ebenso über das Abkommen zwischen Pius XII. und Hitler hinsichtlich des zeitweiligen Charakters der Besetzung Polens, über den Plan, der sich dahinter verbarg, und über die Strategie des Vatikans, deren Ziel die Vernichtung der Sowjetunion war. Da wir in dem Kapitel über Frankreich noch einmal auf diese Frage stoßen werden, wollen wir uns hier begnügen, einem Mann das Wort zu erteilen, der besser als jeder andere wußte, welche Verantwortung der Vatikan für die polnische Tragödie trug. Oberst Beck leitete lange Jahre hindurch die polnische Außenpolitik und steuerte sie vor dem Ausbruch des zweiten Weltkriegs in das Kielwasser der Nazis. Nach dem Zusammenbruch Polens flüchtete er, desillusioniert und krank, ins Ausland. Seine Worte enthüllten die Rolle, die der Vatikan bei der Festlegung der polnischen Außenpolitik gespielt hatte:

"Einer der Hauptverantwortlichen für die Tragödie meines Landes ist der Vatikan. Zu spät erkannte ich, daß wir eine Außenpolitik betrieben hatten, die lediglich der egoistischen Zielsetzung der katholischen Kirche diente. Wir hätten nicht die Unterstützung Hitlers, sondern die Freundschaft mit der Sowjetunion suchen sollen." (Auszug aus einem Bericht des italienischen Botschafters in Bukarest im Februar 1940 an Mussolini. Der Botschafter stellte ausdrücklich fest, daß er selbst mit Oherst Beck gesprochen habe.)

Kann es ein vernichtenderes Urteil über die Einmischung der katholischen Kirche in das Leben einer modernen Nation geben? Aber die Politiker und die Parteien, die nach der Besetzung Polens in London eine polnische Exilregierung bildeten, zogen keine Lehren aus der Vergangenheit. Sie verhielten sich auf Grund ihrer nationalen, sozialen, politischen und religiösen Herkunft zum Vatikan und zur Sowjetunion nicht anders als ihre Vorgänger. Von 1940 bis Kriegsende spannen sie in London zahllose Intrigen zwischen dem Vatikan und den Alliierten und ließen keine Gelegenheit ungenutzt, der Sowjetunion entgegenzuwirken.

KAPITEL XV Belgien und der Vatikan

Die Stärke der katholischen Kirche in Belgien – Religiöse Freiheit – Kirche und Erziehungswesen – Feindschaft der Kirche gegen die progressiven Kräfte – Die katholische Kirche schafft die Grundlagen für den belgischen Faschismus – Die katholisch-faschistische Partei – Der katholische Rexistenführer – Der katholische Plan, Belgien in einen Satellitenstaat Nazideutschlands zu verwandeln. Mittel, Wege und Männer – König Leopolds Kapitulation – Die Rolle des päpstlichen Nuntius und des Primas von Belgien – Die privilegierte Stellung der katholischen Kirche während der Nazibesetzung – Die Bemühungen der katholischen Kirche, die Rolle, die sie bei der Kapitulation gespielt hatte, zu verteidigen – Weigerung der Kirche, den Nazismus zu verurteilen – Ihr Loblied auf das autoritäre Prinzip – Die antibolschewistische Legion – Erste Proteste der katholischen Kirche gegen die Nazis. Gründe der Proteste – Schluβfolgerungen.

Als Nazideutschland im Frühjahr 1940 die militärische Macht der westlichen Alliierten zerschlug, wurden die kleinen Länder zwischen Deutschland und den Westmächten – Norwegen, Dänemark, die Niederlande und Belgien – überrannt und besetzt.

Wir werden uns nicht mit den nordischen Ländern befassen, deren katholischer Bevölkerungsteil zahlenmäßig sehr gering ist. Auch die Niederlande kann man nicht als ein katholisches Land bezeichnen, obwohl etwa ein Drittel der Bevölkerung katholisch ist; aber diese Minderheit übte damals keinen großen Einfluß auf die Politik des Landes aus. Es mag hier genügen, festzustellen, daß sich die katholische Bevölkerung, obwohl es auch unter ihr einige pronazistische Elemente gab, im großen und ganzen ebenso verhielt wie die Mehrheit des Volkes, während die katholische Hierarchie in den Niederlanden eine Politik des Gehorsams betrieb und die Aktionen der Nazis weder öffentlich verurteilte noch öffentlich billigte. Gelegentlich waren Proteste zu vernehmen, wenn zum Beispiel gewisse Gesetze, wie das Zwangsarbeitergesetz, die Moral und den Glauben der katholischen Arbeiter gefährdeten oder die Prinzipien der Kirche verletzten oder wenn das Naziregime katholische Organisationen auflöste, die Gelder für die katholischen Schulen kürzte, kirchliche Gebäude beschlagnahmte, katholische Zeitungen unterdrückte, öffentliche Sammlungen der Kirche verbot, die Gehälter der Religionslehrer herabsetzte, ein Meldesystem für Arbeiter und Jugendliche einführte und so weiter.

Aus ganzem Herzen arbeitete die katholische Hierarchie der Niederlande mit den Nazis zusammen, wenn es um die Vernichtung der Sozialisten und Kommunisten ging. So verbot zum Beispiel die Kirche am 27. Januar 1941 allen Katholiken, Mitglied der Kommunistischen Partei zu werden oder zu bleiben. Ungehorsam gegen dieses Gebot wurde mit der Exkommunikation geahndet.

Platzmangel erlaubt es nicht, hier die Rolle der katholischen Kirche in den Niederlanden eingehender zu behandeln. Wir wenden uns Belgien zu, dessen Kirche einen wesentlichen Anteil an den sozialen, politischen und selbst den militärischen Ereignissen bis in die Zeit der Naziokkupation hatte. Wenn wir die Rolle der belgischen Kirche untersuchen, wollen wir im Auge behalten, daß Belgien, wie andere Länder, nur einen relativ kleinen Abschnitt in dem großen Plan des Vatikans darstellte, überall, wo es möglich war, totalitäre Regime ins Leben zu rufen. Wir stellten bereits fest, daß der Vatikan in zwei Richtungen arbeitete. Einmal förderte er die Entstehung totalitärer politischer Bewegungen in den betreffenden Ländern und machte sich hierbei die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und nationalen Besonderheiten dieser Länder zunutze. Zum andern war der Vatikan hinsichtlich der kleineren Länder bestrebt, sie schrittweise auf ihre Einverleibung in den nazistischen oder faschistischen Machtbereich vorzubereiten.

Es wird nützlich sein, kurz die Stellung der katholischen Kirche in Belgien zu umreißen, bevor wir in unserer Schilderung fortfahren; denn nur dann können wir uns den Einfluß erklären, den die katholische Kirche nicht nur auf religiösem Gebiet, sondern auch auf allen sozialen und politischen Gebieten ausübte.

In Belgien ist die gesamte Bevölkerung, zumindest nominell, katholisch. Die katholische Kirche ist als religiöse, soziale und politische Institution die einflußreichste Organisation im ganzen Lande. Folgende Zahlen zeigen sehr plastisch das Verhältnis der einzelnen Glaubensrichtungen in Belgien. Im Jahre 1937 hatte die katholische Kirche in Belgien 6474 Geistliche, die protestantische 32; für die jüdische Religionsgemeinschaft waren 17 Rabbiner tätig, und die anglikanische Kirche verfügte über 9 Geistliche. Belgien beherbergt unter allen katholischen Ländern relativ die meisten Klöster. 1937 lebten 7000 Nonnen in Belgien.

Etwa 10 Prozent aller Missionspriester in der ganzen Welt sind belgischer Herkunft. Belgien selbst hat 33 Missionsbischöfe. Ihre größte Aktivität in der Missionsarbeit zeigt die belgische Kirche in Belgisch-Kongo. Dort arbeiten 3000 Söhne und Töchter belgischer Familien als Priester oder Pflegeschwestern. Jede große katholische Familie sieht ihren Stolz darin, mindestens eines der Kinder auf den geistlichen Stand oder auf eine Tätigkeit in einem religiösen Orden vorzubereiten.

Im Jahre 1933 gab es in Belgisch-Kongo 564 000 Katholiken, 1939 war diese Zahl auf 2 139 000 angewachsen. Hinzu kamen etwa 1 Million Katecheten. In demselben Jahr wurden mehr als 200 000 Personen getauft; und das in einem Gebiet, in dem kaum 14 Millionen Menschen leben.

In Brüssel, Antwerpen und anderen Orten des Landes gab es sogenannte Religiosenheime für Frauen und Männer, die von religiösen Orden geleitet wurden und in die sich häufig prominente Personen der Finanzwelt, des Wirtschaftslebens, der Politik und der Literatur zurückzogen.

Die Provinzgouverneure und die örtliche Hierarchie arbeiteten eng zusammen. Bei offiziellen Anlässen erschien die katholische Hierarchie als geistliches Gegenstück zu den Provinzgouverneuren, und diese wieder traten als akkreditierte Sprecher der Kirche in allen nationalen Fragen auf.

Die belgische Verfassung garantierte die religiöse Freiheit. Niemand durfte gezwungen werden, an religiösen Handlungen teilzunehmen. Jedes Bekenntnis erfreute sich der vollen Freiheit. Der Staat enthielt sich jeder Einmischung in kirchliche Angelegenheiten und kümmerte sich weder um die Ernennung der geistlichen Würdenträger noch um die Berufung geistlicher Vertreter an die Universitäten.

In den staatlichen und offiziellen Schulen entschieden die Eltern selbst, ob ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollten oder nicht. Die Kirche und alle anderen Vereinigungen hatten das Recht, für die Kinder ihrer Anhänger eigene Schulen einzurichten. Der Armee waren Armeegeistliche zugeteilt.

Diese weitgehende religiöse Freiheit in einem überwiegend katholischen Land war die Frucht eines Kompromisses zwischen den Katholiken und den Liberalen. Die Katholiken fürchteten den Einfluß der säkularen staatlichen Obrigkeit auf das Gewissen des einzelnen. Und die Liberalen hätten nur zu gern den Einfluß der katholischen Kirche aus dem öffentlichen Leben verdrängt, um die Gewissensfreiheit der Nichtgläubigen zu gewährleisten.

Der Kampf zwischen den Liberalen und der katholischen Kirche tobte vor dem Kompromiß heftiger als in anderen Ländern. Zu dem Kompromiß wurde die Kirche gezwungen. Sie wußte sehr gut, daß die Freiheit, die sie dafür vom Staat erhielt, sie für alle Verluste, die durch diesen Kompromiß entstanden, entschädigen würde.

Mit Hilfe eines Netzes von erzieherischen, sozialen, karitativen und politischen Institutionen war die Kirche in der Lage, auf das Leben der Nation starken Einfluß zu nehmen. Da die Verfassung Vereins-, Erziehungs- und Pressefreiheit gewährte, wurden die Kanäle, durch die sie ihren Einfluß leitete, von Jahr zu Jahr zahlreicher. Die gegenseitige Toleranz ermöglichte außerdem enge diplomatische Beziehungen zwischen Belgien und dem Vatikan.

Seit Belgien seine Unabhängigkeit errungen hatte (1850), war das Erziehungswesen das wichtigste Streitobjekt zwischen der Kirche und den Anhängern der staatlichen Schulen gewesen. La Lutte Scolaire, wie man diesen Kampf nannte, der Kampf um die Kontrolle über die Jugend, war im wesentlichen auch im Mai 1940 noch ungelöst, obschon eine Einigung über gewisse praktische Fragen erzielt worden war. Die Verfassung sagte, daß die Erziehung frei sein und der Staat die Kosten der Schulunterhaltung